

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 217 West Dönhoff 292 bis 297
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Barone ernennen Barone!

Die preußische Junkerherrschaft soll wiederkehren

Das ostelbische Junkertum dringt immer stärker in der preußischen Verwaltung vor. Das Kabinett der Barone hat durch seine Filiale in Preußen einen ungewöhnlich umfangreichen Beamtenstich vornehmen lassen. Es sind vier kommissarische Oberpräsidenten, fünf kommissarische Regierungspräsidenten, vier Regierungsvizepräsidenten und elf Polizeipräsidenten ernannt worden. Von den 24 neu ernannten Beamten an maßgebender Stelle der Verwaltung sind nicht weniger als elf adlig!

Hier ist die Liste der vom Kabinett der Barone ernannten Barone:

Oberpräsidenten:

In Breslau: Graf Degenfeld
„ Kassel: Dr. von Hülsen

Vizepräsidenten:

In Erfurt: von Chamier-Gliefinski
„ Gumbinnen: von Braumüller
„ Breslau: von Scheller
„ Marienwerder: von Hoffmann

Polizeipräsidenten:

In Elbing: von Kindowström
„ Magdeburg: Freiherr von Nordenskiöld
„ Kiel: Graf zu Rantzau
„ Kassel: von Kottwitz
„ Erfurt: Rabe von Pappenheim

Selbstverständlich, daß die neu ernannten Vertrauensleute des Kabinetts der Barone, soweit sie nicht adlig sind, von gut deutschnationaler Gesinnung und echt herrnenmäßig eingestellt sind. Unter dem Vorwand, „Ruhe und Ordnung“ in

Preußen wiederherzustellen, arbeitet die kommissarische Verwaltung in Preußen zielbewußt an einer Restauration der Vormachtstellung des Adels und des ostelbischen Junkertums in der preußischen Verwaltung! Das Kabinett der Barone an der Spitze will sich eine Verwaltung schaffen, in der an allen ausschlaggebenden Punkten ebenfalls Barone stehen!

Es soll wieder so werden, wie es vor dreißig Jahren in Preußen ausah! Damals gehörten von 12 Oberpräsidenten 9, von den 36 Regierungspräsidenten 26 dem Adel an. Von den 23 Landräten des Regierungsbezirks Breslau waren 20, im Regierungsbezirk Potsdam alle 14, im Regierungsbezirk Köslin alle 12 Landräte adlig. Im Regierungsbezirk Königsberg befanden sich 13 Junker unter 19 Landräten, in Köln 7 unter 10, in Magdeburg 10 unter 14! Wenn Herr Bracht im Auftrag des Kabinetts der Barone so weiter arbeitet wie bisher, werden die Zeiten von 1902 bald wieder erreicht sein!

Diese Personalpolitik, die einer hauchdünnen Oberschicht, einer eng abgeschlossenen Kaste die Verwaltungsmacht gegen das Volk in die Hand spielen will, enthält die letzten Ziele des Kabinetts der Barone und den wahren Sinn des Gewaltstreiches in Preußen.

Das Kabinett der Barone plant eine sogenannte Verfassungsreform. Es will das Wahlrecht verschlechtern durch ein Pluralwahlssystem, es will ein Oberhaus einführen. Es will mit einem Wort die demokratischen Volksrechte beseitigen.

Das Kabinett der Barone will ferner Preußen als Land zer schlagen, um seine Herrschaft in Preußen errichten zu können — wie und wozu, sagt der neueste Beamtenstich.

Das Kabinett der Barone will das ganze Reich unter den Druck des preußischen Junkertums stellen, es will ganz Deutschland einer Junkerherrschaft unterwerfen.

Alles das steht in tragem Widerspruch zum Geiste der demokratischen Verfassung! Es ist ein Ausfluß des reaktionären Machtwillens, der seine Herrschaft über das Volk errichten will! Dieser Machtwille ist nicht davon zurückgeschreckt, seine Demonstration einer ultrareaktionären Personalpolitik fünf Tage vor dem Zusammentritt des Staatsgerichtshofs zu unternehmen. Er schafft Tatsachen in solchem Ausmaß, so bewußt als gegenrevolutionäre Aktion, daß ein Staatsgerichtshof, der dieser unrechtmäßigen Gewaltausübung entgegenzutreten wollte, ein Urteil von geradezu revolutionärer Wirkung fällen müßte. Unbestimmt um den Rechtsstreit veranfert sich das Kabinett der Barone über seine preußische Filiale in der preußischen Verwaltung. Und das alles unter der Parole: Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Preußen, geführt auf den Artikel 48!

Der Kampf gegen die Reaktion ist Kampf um die Rechte des Volkes! Der Wahlkampf, den wir führen werden, ist Verfassungskampf! Es gilt, die reaktionären Anschläge auf die Rechte des Volkes, den wiedererwachten Uebermut des preußischen Junkertums abzuwehren!

Am Dienstag wurde auf der Konferenz der Plan zur Verstaatlichung der Bank von England durch einen Ergänzungsantrag dahin ergänzt, daß

auch die Großbanken verstaatlicht

werden sollten. Der Ergänzungsantrag wurde mit 1141 000 gegen 984 000 Stimmen angenommen. Diese Abstimmung zeigt, daß die Konferenz in Leicester einen entschieden sozialistischen Kurs zu steuern entschlossen ist. Dieselbe Resolution spricht sich gegen Englands Rückkehr zum Goldstandard aus.

Labour-Kongreß für Abrüstung

Der Kongreß der Arbeiterpartei hat einen Beschluß zugunsten der Abrüstung gefaßt. Dabei sagte Arthur Henderson in einer Rede, man solle nicht vergessen, daß man seit langen Jahren nicht in einem Geiste des Friedens, sondern in einem militärischen Geiste gelebt habe. Lassen Sie mich, erklärte er zum Schluß, nach Genf zurückkehren, um dort meine Aufgabe mit allen ihren Schwierigkeiten und Enttäuschungen wieder aufzunehmen. Ich werde mein Möglichstes tun, um befriedigende Ergebnisse zu erzielen.

Staatssekretär Nobis

Beförderter des Reichskommissars

Der Reichspräsident hat am Mittwoch den neuernannten Staatssekretär des preußischen Staatsministeriums Dr. Nobis empfangen. Dr. Nobis, ehemals Ministerialdirektor im Staatsministerium, erschien am 20. Juli in der Reichskanzlei, er nahm an jener Sitzung teil, in der Herr von Papen Severing für abgesetzt erklärte. Am Ende der Besprechung verließ Dr. Nobis nicht mit den preußischen Ministern die Reichskanzlei, sondern ging gemeinsam mit Herrn von Papen in dessen Zimmer. Er hat sich „auf den Boden der Tatsachen gestellt“.

Preußens Kampf ums Recht

Professor Anschütz vertritt Preußen vor dem Staatsgerichtshof

Wie das Nachrichtenbüro des BDJ. meldet, wird auch Prof. Anschütz, der bekannte Heidelberger Rechtslehrer und Verfasser des grundlegenden Kommentars der Reichsverfassung, nach Leipzig kommen, um sich an der Vertretung Preußens vor dem Staatsgerichtshof zu beteiligen. Preußen wird also durch die beiden Ministerialdirektoren Brecht und Baur, durch die Universitätslehrer Anschütz, Heidelberg und Giese, Frankfurt a. M. vertreten. Für die beiden besonders klagenden Landtagspartien Zentrum und Sozialdemokratie werden wieder die Professoren Peters und Heller auftreten.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß Anschütz, der aus der preußischen inneren Ver-

waltung hervorgegangen ist — er war preußischer Regierungsdirektor —, bereits seit mehr als 30 Jahren als Lehrer des Staats- und Verfassungsrechts tätig ist und sich speziell mit den verfassungsrechtlichen Streitfragen beschäftigte, die in dem Leipziger Prozeß zwischen Reich und Preußen eine Rolle spielen werden. So hat Anschütz schon vor rund 30 Jahren eine Schrift über „die gegenwärtigen Theorien über den Begriff der gesetzgebenden Gewalt und den Umfang des königlichen Verordnungsrechtes“ veröffentlicht und vor 20 Jahren den Kommentar zur damaligen preußischen Verfassung geschrieben. Vor 10 Jahren erschien seine Arbeit: „Das preußisch-deutsche Problem“ und ein Jahr später die „Zeitgedanken der Weimarer Verfassung“.

Seiten der Arbeitsgerichtsentscheidung in Remscheid entgegengekehrt, die von den maßgebenden Organen des Unternehmertums im Voraus als grundsätzlich bezeichnet worden war. Die Klage der Direktion wurde in allen drei Punkten vom Arbeitsgericht kostenpflichtig abgewiesen.

Labour für Sozialismus

Eigener Bericht des „Vorwärts“

London, 5. Oktober.

Henderson machte auf der Labour-Konferenz die Zusage, daß für den Fall, daß innerhalb der nächsten zwölf Monate eine Labour-Regierung gebildet werden sollte — allerdings ein rein theoretischer Fall — eine besonders einberufende Delegiertenkonferenz über die einzuholende Politik befragt werden solle.

Gegen Lohnabbau!

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Remscheid, 5. Oktober.

Das Alexanderwerk in Remscheid hatte am 23. September der 700 Mann starken Belegschaft durch Anschlag bekanntgegeben, daß ab Montag, dem 26. September, laut Notverordnung ein Lohnabzug für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde in Höhe von 50 Proz. in Kraft treten solle. Die Belegschaft hat an jenem Tage den Betrieb zwar betreten, aber die Arbeit nicht aufgenommen, was von der Direktion mit fristloser Entlassung der ganzen Belegschaft beantwortet wurde.

Die Direktion hatte beim Arbeitsgericht in Remscheid Feststellungsklage angehängt und beantragt, den Anschlag als rechtsgültig anzuerkennen, ebenso die fristlose Entlassung als rechtsgültig zu bestätigen und ferner den Betriebsrat zur Schadensersatzleistung zu verurteilen. Mit ungeheurer Spannung wurde von allen

Spanischer Parteitag

Um das Schicksal der Republik

Von unserem Korrespondenten

Madrid, Anfang Oktober.

Am 6. Oktober findet in Madrid der XIII. Kongreß des Partido Socialista Obrero, der spanischen sozialistischen Partei, statt. Die Augen aller Politiker von ganz rechts bis ganz links sind auf diesen Kongreß gerichtet, der entscheiden wird über die weitere Entwicklung dieser jüngsten europäischen Republik: Spanien. Denn neben den organisatorischen Fragen steht auf der Tagesordnung des Parteitages der Bericht der Parlamentsfraktion, und in Verbindung damit stehen zur Verhandlung die Anträge der Bezirksverbände betreffend Zurückziehung der drei sozialistischen Minister aus der gegenwärtig republikanisch-sozialistischen Koalitionsregierung.

Ist jetzt der Augenblick gekommen, in die Opposition zu gehen, oder ist es zweckmäßiger, die Regierungsbeteiligung bis zu einem geeigneteren Augenblick fortzusetzen? Diese Frage legten sich in jeder der in den letzten Tagen stattgefundenen Bezirkskonferenzen die Delegierten vor. Die Antworten und Beschlüsse sind uneinheitlich und lassen keine Voraussage über den wahrscheinlichsten Beschluß des Parteitages zu. Nur eines ist sicher: daß die Debatte eine der leidenschaftlichsten und erregtesten werden wird, die je ein spanischer Parteikongreß erlebt hat. Die Anhänger der Regierungsbeteiligung können mit der Tatsache operieren, daß trotz sozialistischer Regierungsbeteiligung die sozialistische Bewegung bisher nur Fortschritte und nirgends einen Rückschlag zu verzeichnen hat. Die Gegner der Regierungsbeteiligung aber haben für sich das sozialistische Aktionsprogramm.

Als im April vorigen Jahres die Republik erstand, war man in der Partei fast einmütig der Auffassung, daß die sozialistische Partei mit in die Regierung müsse. Und mit Recht kann die Partei behaupten, daß ohne ihre Regierungsbeteiligung die spanische Republik heute ein anderes Gesicht zeigen würde; statt einer konservativen Republik nach den Plänen des „Radikalen“ Ferrer ist eine fortschrittlich-moderne, mit sozialer Gerechtigkeit regierte Demokratie entstanden.

Man denke nur an die letzten drei großen Arbeiten der gegenwärtigen Regierung, um sich von ihrer Tätigkeit ein Bild zu machen: Das Katalanische Statut, die Agrarreform und das Gesetz über die entschädigungslose Enteignung der am letzten monarchistischen Komplott beteiligten Adligen und Großgrundbesitzer. Besonders das letztere ist ein Werk der sozialistischen Minister, ein Gesetz, das an revolutionärem Willen nichts zu wünschen übrig läßt.

Wenn andernteils das Agrargesetz nicht dem entspricht, was die Sozialisten gefordert hatten, so ist es doch der sozialistischen Mitarbeit zu verdanken, wenn die wichtigsten Punkte so geformt sind, daß es einer kommenden sozialistischen Regierung möglich wäre, auf seiner Grundlage die Sozialisierung des bäuerlichen Grundbesitzes durchzuführen.

Die Erfolge ihrer Minister in der Regierung erkennt die Partei auch heute einmütig an. Ein großer Teil der Parteigenossen glaubt jedoch, daß die Republik und ihre republikanische Grundlage nunmehr stark genug gefestigt ist, um auf ihrem Boden das sozialistische Aktionsprogramm ohne Zögern in die Wirklichkeit umzusetzen. Das kann naturgemäß nicht in Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Linken geschehen, und

Naziwaffen aus Holland!

Schwerwiegende Anschuldigungen in der Amsterdamer Zeitung „Het Volk“

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Amsterdam, 5. Oktober.

Das sozialdemokratische Blatt „Het Volk“ veröffentlichte neue Einzelheiten über die Waffenschmuggelaffäre an der südniederländischen Grenze auf Grund von Untersuchungen, die ein Sonderberichterstatter an Ort und Stelle angestellt hat. Danach soll der verhaftete Szymanski

seit Januar d. J. große Waffennengen

über die Grenze transportiert haben. Ganze Personengruppen standen in seinem Dienst, die fast täglich Revolver und Maschinengewehre zur Grenze schafften. Ein Teil der aus Belgien nach Niederland hineingeschmuggelten Waffen wurde indessen auch einer politischen Organisation in Niederland geliefert, die zu den deutschen Nationalsozialisten enge Verbindungen unterhält.

Es stehe weiter fest, daß

deutsche Zollbeamte die Helfershelfer von Szymanski

waren. Die meisten Zollbeamten dieses Grenzfaktors seien bei den Nationalsozialisten organi-

siert. Die deutschen Zollbeamten an der südniederländischen Grenze erweckten, wie „Het Volk“ weiter mitgeteilt wird, den Eindruck einer bunt zusammengewaschenen Truppe. Es sind viele junge Kerle, die infolge der autarkistischen Utopien erst in den letzten Wochen eingestellt wurden und vielfach Reichswehruniformen tragen, da die Reichsbekleidungsämter nicht schnell genug die erforderlichen Uniformen liefern vermochten. Sie

schwören auf Hitler und helfen den Schmugglern

in der Hoffnung auf Beförderung nach Hitlers Staatsstreich! In ihrer Rahnität denken sie, daß Hitler in zwei Monaten die Macht hat. So kommen sie mit den ausgefuchsten Schmugglern zusammen, die natürlich aus geschäftlichen Gründen auch Nazis sind.

Wie ein deutscher Zollbeamter, der diesem Treiben fernsteht, einen Vertreter von „Het Volk“ erklärte, spielen bei solchen Zusammenkünften der Waffenschmuggler mit jungen Beamten Frauen. Wein und Geld eine Rolle, und das Gehalt der Zollbeamten ist sehr niedrig. Weiter behauptet „Het Volk“, daß das

Zollfahndungsamt in Düsselhof durch bestimmte Kräfte gehindert

werde, die Untersuchung im Falle Szymanski mit der erforderlichen Energie zu führen. Dafür sei auch bezeichnend, daß in den holländischen Grenzrestaurants, wo die Großschmuggler verkehren, unumwunden erklärt werde, daß Szymanski spätestens wieder frei sein werde, wenn Hitler die Macht erhalte. Die Frau von Szymanski in Denbo mache sich nicht die geringste Sorge und habe zu Nachbarn gesagt, daß

Szymanski bald wieder frei sein würde, da er zuviel wisse.

Ebenso wenig ist die Frau feines auch in Düsselhof spendenden Freundes Kampfs besorgt. Dennoch herrsche bei den deutschen Zollbeamten eine fühlbare Aufregung, und wohl aus diesem Grunde hätten einige Vorstandsmitglieder der Nationalsozialistischen Partei kürzlich diesen Teil der deutsch-holländischen Grenze besucht. „Het Volk“ wirft endlich noch die Frage auf, wie es möglich war, daß die holländische Polizei und die holländische Zollbehörde von allem, was hier auf niederländischem Gebiet vorging, nichts bemerkten.

darum fordert dieser Teil unserer Genossen: Heraus aus der Regierung! Nur in der Opposition ist es möglich, die Arbeiterklasse zur sozialistischen Tat zu aktivieren! Es sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß unsere Genossen mit der Möglichkeit der absoluten Mehrheit bereits bei den nächsten Wahlen rechnen können und somit die Bildung der neuen Regierung in ihren Händen liegen würde.

Auf der anderen Seite steht jener Teil der Genossen, die eine Fortsetzung der Regierungsbeteiligung fordern, „solange das im Interesse der Republik und der Arbeiterschaft zweckmäßig erscheint.“ Zu diesen Genossen sind auch jene zu zählen, deren Antrag dahin lautet, die sozialistischen Minister nach Erledigung des Etatvoranschlags für 1933, das heißt mit dem 31. Dezember laufendes Jahres, aus der Regierung zurückzuziehen. Diesem Antrag haben die sozialistischen Minister mit Recht schon jetzt ihre schärfste Opposition angelegt, denn auch der geringste Erfolg würde ihnen in den Verhandlungen über den Staatshaushalt bei ihren bürgerlichen Kollegen versagt sein, wenn diese darauf hinweisen könnten, daß ja sie allein in der Folge die Verantwortung für den Haushalt zu tragen hätten.

Es ist zu hoffen, daß der letztgenannte Antrag also nicht die Zustimmung des Kongresses finden wird, so daß die Entscheidung nur fallen wird zwischen dem des sofortigen Regierungsaustritts und einem anderen, der die Entscheidung in die Hände des Volksgausausschusses der Partei legen will, der entsprechend der politischen Situation von Fall zu Fall entscheiden soll.

Es ist der Stolz der Republikaner und das Verdienst der Sozialisten, daß die Hoffnung der Gegner des neuen Systems zerstört wurde, die Hoffnung, Spanien als Schauplatz eines dauernden Bürgerkrieges mit wöchentlich wechselnden Regierungen zu sehen. Es ist das Verdienst der Sozialisten, daß im Gegenteil seit fast anderthalb Jahren eine energische Regierung die junge Republik vorwärtstreibt und alle Angriffe auf sie im Keime erstickt. Die Gefahr besteht, daß die Rechts- und Linksputschisten angesichts einer geschwächten republikanischen Regierung ihre Angriffe gegen die Republik erneut wiederholen würden, daß die eingetretene politische und wirtschaftliche Beruhigung erneut gefährdet wäre.

Der Kongreß wird entscheiden, und unsere Genossen, die in der Organisation gute Demokraten sind, werden sich bereitwillig dem Mehrheitsbeschuß unterwerfen, so leidenschaftlich auch um die Entscheidung gekämpft werden mag. Die Organisation ist festgefügt, und die Kommunisten können die Hoffnung auf eine eventuelle Spaltung der PSD über die Regierungsfrage schon jetzt zu Grabe tragen.

Der diesjährige spanische Parteikongreß gilt erst in zweiter Linie den Fragen der inneren Organisation; es geht um die Form der spanischen Republik, über ihr Schicksal entscheiden unsere Genossen am 6. Oktober. E. Sch.

Hochzeitsgäste brüden sich

Pleite auf Veste Koburg

Demnächst findet auf „Veste Koburg“ eine ganz große Hochzeitsfeier statt. Die Tochter des früheren Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha heiratet einen schwedischen Prinzen. Einladungen waren so ziemlich an alle regierenden oder abgesetzten Dynastien Europas ergangen, vor allem an solche Häuser, die mit einer der beiden Hochzeiter mehr oder minder verwandt sind. So enthielt die Liste der „hohen“ Hochzeitsgäste, die noch vor zwei Wochen von Koburg aus gemeldet wurde, u. a. die Namen: König Gustav von Schweden, der Prinz von Wales, Erzherzog Ferdinand von Bulgarien, russischer Thronanwärter Großfürst Kyriell und — Adolf Hitler.

Denn der künftige Schwiegerpapa des Schwedenprinzen ist bekanntlich ein ebenso überzeugter wie spendabler National-„Sozialist“. Seine „Veste Koburg“ ist seit jeher der Sammelplatz von feinen und allerfeinsten Leuten, die die Hitlerbewegung protegierten und finanzieren, weil sie in ihr die Wegbereiterin für die monarchistische Restauration in Mittel- und Osteuropa erblickten. Koburg ist für die abgesetzten Dynastien ungefähr das geworden, was Koblentz unter der französischen Revolution für die Bourbonen und ihren adligen Anhang war.

Schon wurden heftige Streitigkeiten zwischen den Koburger SA-Leuten und Stahlhelmlern wegen der Reihenfolge im Hochzeitszug, wegen der Aufstellung der Musikkapellen und dergleichen mehr gemeldet, die nur nach langen, schwierigen Verhandlungen geschlichtet werden konnten.

Inzwischen hagelt es in Koburg Abjagen. Die eingeladenen Fürstlichkeiten haben offenbar

inzwischen erfahren, was Heißes Kind der Koburger Herzog a. D. Sie bedanken sich für die Rolle, die man ihnen zu spielen zumutet. Sie denken nicht daran, sich Seite an Seite mit dem russischen Thronprätendenten zu zeigen und mit Adolf Hitler Propaganda für die internationale Reaktion zu machen. Zunächst hat König Gustav von Schweden seine Teilnahme an der Hochzeit seines Entfels abgefragt und legt läßt auch der Prinz von Wales erklären, daß er nicht kommen werde.

Vielleicht begnügt sich der Herzog von Koburg mit Hitler und Joseph Goebbels. Dieser wird bestimmt dem Vg. Herzog die Schmach einer Abjage nicht antun wollen, trotz seines derzeitigen wilden Kampfes gegen „Herrenklub“ und „feine Leute“. Seiner Gattin hat er ja sowieso schon den Hofnicks beigebracht.

Sturm aufs Volkshaus

Der Liegnitzer Prozeß

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Liegnitz, 5. Oktober.

In dem großen Landfriedensbruchprozeß vor dem Liegnitzer Sondergericht wegen des Sturmes auf das Bunzlauer Volkshaus wurde am Mittwoch, dem dritten Verhandlungstage, die Beweisaufnahme fortgesetzt. Polizeimeister Probst sagte aus, daß die SA-Leute zum zweiten Male das Volkshaus stürmen wollten, worauf er sie mit Schreckschüssen zurückgetrieben habe. Die SA-Leute widersprachen der Durchsichtung nach Waffen und stießen Drohungen aus wie: „Wir stürmen das Volkshaus!“ und „Warum durchsucht ihr die Bande nicht, die auf uns geschossen hat?“ Eine Durchsichtung der SA und ihrer Wagen nach Waffen war unmöglich, da ein SA-Führer erklärte, er habe seine Leute selbst nicht mehr in der Hand. Inzwischen hätten die Nazis Waffen in den Mühlgraben geworfen. Von der Straße aus wurden von den SA-Leuten Fenster eingeworfen. Eine Durchsichtung des Volkshauses habe der erste Bürgermeister und der Landrat nicht für nötig gehalten.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und Standartenführer Jente-Görlich wurde mit seinem SA-Transport auf dem Markte angehalten, fuhr aber weiter, um der SA am Volkshaus zu Hilfe zu eilen. Er habe einer Durchsichtung seiner Leute nach Waffen widersprochen. Polizeihauptwachmeister Seifert will zwei Schüsse aus dem Volkshaus gehört haben, weiß aber nicht, ob es Schreckschüsse waren. Polizeihauptwachmeister Hüffel sah, daß aus dem Volkshaus Blumentöpfe und Flaschen geworfen wurden. Als der Zeuge Schmoldt aufgerufen wurde, der angeben sollte, wer den Reichsbannermann Schreiber erschossen hat, erklärt der Angeklagte von Manstein, es handle sich nicht um Schmoldt, sondern um den Malermeister Rogner, worauf dieser geladen wird. Der erste Bürgermeister erklärt, warum eine Durchsichtung des Volkshauses nicht vorgenommen wurde.

Die Verhandlungen werden noch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Das Urteil ist kaum vor Sonnabend zu erwarten.

Wiß De Valera seinen Vorgänger verhasst lassen? Es wird offiziell bestätigt, daß De Valera am Mittwoch bei seiner Durchreise in London eine Unterredung mit Minister Thomas in Dominions-Ministerium haben wird. In Dublin sind Gerüchte im Umlauf, daß die Verhaftung Cosgraves, des Vorgängers De Valeras im Amt, bevorstehe.

Frankreich hält zu Polen

Militärbündnis um zehn Jahre verlängert

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 5. Oktober.

Wie der Pariser Korrespondent des „Soj. Presseblatts“ zuverlässig erfährt, ist die vor kurzem übermittelte Meldung der „Humanität“, daß das französisch-polnische Militärbündnis um weitere zehn Jahre verlängert worden ist, zutreffend. Der Antrag zu der Verlängerung ging von Polen aus. Die französische Regierung hatte anfangs wenig Neigung, dem polnischen Wunsch zu entsprechen. Aber dem Generalstab, dem natürlich an dem Bündnis mit Polen sehr gelegen ist, gelang es, unter Hinweis auf die drohende Haltung Deutschlands die Bedenken der Regierung zu zerstreuen und die Verlängerung des Abkommens durchzudrücken. Da es sich nicht um einen Vertrag zwischen den beiden Regierungen, sondern um ein Abkommen zwischen den Generalstäben handelt, das nicht der Ratifizierung des Parlaments unterliegt, dürfte diese Verlängerung der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten.

Nach einer Meldung des „Paris Midi“ aus Warschau hat eine französische Bankengruppe beschlossen, der polnischen Staatsbank einen Kredit von 50 Millionen Franken zu gewähren, der angeblich für die Bedürfnisse der polnischen Landwirtschaft (?) bestimmt ist.

Es gärt in London

Große Arbeitslosendemonstrationen

London, 5. Oktober.

Im Stratford Broadway, im Osten Londons, kam es gestern abend zu Arbeitslosendemonstrationen, die zeitweise einen ziemlich drohenden Charakter annahmen. Mehr als zehntausend Arbeitslose, darunter viele Frauen, umlagerten das Rathaus, und die Gemeinderäte mußten von der Polizei durch die Hintertür nach Hause geleitet werden. Polizei zu Fuß und zu Pferde ging wiederholt mit Gummiknüppeln gegen die Menge vor, viele Frauen wurden ohnmächtig, mehrere Personen wurden verhaftet und ein Demonstrant erlitt schwere Verletzungen. Als es nach vier Stunden endlich gelang, die Demonstranten auseinanderzutreiben, kam es noch in den umliegenden Straßen zu kleinen Tumulten.

Keine Viermächte-Konferenz

Macdonald muß seinen Plan aufgeben

London, 5. Oktober.

In politischen Kreisen Londons herrschte am Mittwochabend fast durchweg der Eindruck, daß die englische Regierung den Plan einer Londoner Konferenz, auf der zwischen den vier Mächten England, Deutschland, Frankreich und Italien die deutsche Gleichberechtigungsforderung besprochen werden sollte, nicht mehr weiter verfolgen wird. Die von Herriot vorgebrachten Einwände lehnen keine Hoffnung mehr auf eine französische Zustimmung.

Eine fertige englische Mitteilung darüber, daß

Ansicht, daß die deutsch-französische Verständigung für Frankreich viel wichtiger und vorteilhafter wäre als das Bündnis mit Polen, das viel Geld verschlinge und dem europäischen Frieden mehr schade als nütze. Es war unter Stresemann der deutschen Außenpolitik bereits gelungen, weite Teile der französischen öffentlichen Meinung davon zu überzeugen, daß eine friebliche Grenzrevision im Osten Deutschlands notwendig sei und daß Frankreich sich nicht ewig dagegen wehren sollte, sondern vielmehr zu gegebener Zeit aktiv vermitteln müßte.

Das alles ist gar nicht so sehr lange her — nur etwa zwei bis drei Jahre. Das Anwachsen der Hitler-Bewegung hat diese erfolgversprechende Entwicklung jäh unterbrochen. Heute stehen wir vor einem außenpolitischen Erdbebenherd. Rußland schließt Nichtangriffspakte mit Polen, Rumänien und Frankreich ab, Frankreich erneuert sein Militärbündnis mit Polen, England lehnt deutsche Aufrüstungspläne ebenso schroff ab wie Frankreich, Belgien protestiert gegen die Reichsregierung, Italien wendet im Wirtschaftskampf die schärfsten Waffen gegen Deutschland an und übt in dem Abrüstungskonflikt äußerste Zurückhaltung, die Neutralen sind handelspolitisch erbittert. 47 von 52 abstimmenden Völkerbundsstaaten sprechen in geheimer Wahl Polen das Vertrauen aus — ist das nicht etwas viel für den kurzen Zeitraum von vier Monaten „grundständig neuer Staatsführung“?

die Konferenz nicht stattfinden wird, ist in London noch nicht ausgegeben worden, vielmehr wird erklärt, daß die Angelegenheit noch erwogen würde.

Deutschlands Anwesenheit wird „in Kauf genommen“

Dazu wird uns von WTB. aus London gemeldet:

Auf britischer Seite scheint sich allmählich ein Bild der Politik abzuzeichnen, die nach dem Scheitern der bisherigen Versuche, Deutschland auf die Abrüstungskonferenz zurückzubringen, verfolgt werden müßte. Während bisher stets die Auffassung vertreten worden ist, daß eine Fortsetzung der Abrüstungskonferenz ohne Beteiligung Deutschlands undenkbar ist, wird jetzt der Meinung Ausdruck gegeben,

daß die Arbeiten dieser Konferenz unbedingt fortgesetzt werden müßten, und daß, ebenso wie bei den Erörterungen des Abrüstungsbüros, die deutsche Nichtbeteiligung in Kauf genommen werden müßte.

Man hofft, daß der weitere Gang der Abrüstungskonferenz eine Lage ergeben werde, die es Deutschland ermögliche, seine fortgesetzte Mitarbeit am Abrüstungswerk mit den von ihm vorgebrachten Wünschen zu vereinbaren.

Selbstmorde im Braunen Haus zu Breslau. In der Kaserne der Nationalsozialisten in der Neudorfstraße zu Breslau schoß sich der neunzehnjährige SA-Mann zwei Kugeln in die Lungenflügel. Er wurde wegen Diebstahl eines Opelwagens verfolgt. Im Nachbarhause stürzte sich eine 28jährige Vorführdame aus dem zweiten Stockwerk auf die Straße, während sich drei SA-Leute in ihrem Zimmer aufhielten.

Röhm wird widerlegt

Major Mayr enthüllt Einzelheiten

Die sogenannte eidesstattliche Erklärung des SA-Stabschefs Röhm, mit der er die Aussagen vor dem Münchener Gericht zu entkräften suchte, wird von Major Mayr mit folgender Erklärung beantwortet:

„Die Erklärung des SA-Führers Hauptmann Röhm gegen die Aussagen in dem bekannten Münchener Prozeß stellen eine Kette von groben Unwahrheiten und Zwangsvorstellungen dar. Wichtig falsch ist die Behauptung, daß ich es gewesen sei, der um eine Unterredung gebeten hätte. Röhm wurde mir vielmehr von seinem Parteifreund und engen außenpolitischen Mitarbeiter Bell, wie auch vor Gericht eidlich festgestellt, als Zeuge für die Richtigkeit der umlaufenden Behauptungen über die Zustände im Braunen Haus benannt. Es ist selbstverständlich, daß, wenn mir der oberste SA-Führer als Kronzeuge auf dem Präzidentenstuhl angeboten wurde, ich dieses Angebot nicht ausschlug. Eine andere Ursache, mich mit Herrn Röhm in Verbindung zu setzen, konnte für mich selbstverständlich in keiner Weise in Frage kommen. Es sollte lediglich, dem Angebot des Herrn Bell entsprechend, aus dem Mund des SA-Führers persönlich die notwendige Bestätigung der verrotteten Verhältnisse im Braunen Haus erlangt werden.

Eine geradezu groteske Unwahrheit ist es, wenn behauptet wird, ich hätte für mich und gar noch für Teile des Reichsbanners eine Unterstellung ausgerechnet unter die Führung eines Hauptmanns Röhm angestrebt oder angeboten.

Tatsache ist, daß die Unterredung in der von mir bestimmten Wohnung stattfand. Ein Zusammenreffen mit Röhm in dessen Hotelzimmer lehnte ich aus naheliegenden Gründen von vornherein ab.

Eine völlige Verdrehung der Tatsachen ist es, daß ich mit Röhm vereinbart hätte, er könne von dem Inhalt dieser Unterredung seinem Anwalt und Herrn Hitler Mitteilung machen. In Wirklichkeit war auf Veranlassung Röhm's eine ehrenwörtliche Verpflichtung vereinbart, von dem Statthalter der Unterredung bis auf weiteres nichts verlauten zu lassen. Aus der heutigen Erklärung des Herrn Röhm geht für mich hervor, daß er eine ehrenwörtliche Verpflichtung gebrochen hat. Die ehrenwörtliche Verpflichtung war für mich eine weitere Befestigung, daß es dem sehr aufgeregten Herrn Röhm wirklich nur darauf angekommen war, bei mir einen Rückhalt gegenüber seinen Gegnern im eigenen Lager zu suchen.

Wie schon vorher durch Herrn Bell, so hat er auch persönlich in jener Unterredung auf das dringendste gebeten, ihm weiteres Material gegen seinen Feind Schulz zu beschaffen.

In jener Unterredung mit mir hat er im Gegensatz zu seiner heutigen Erklärung die blutigen Pläne im Braunen Haus durchaus ernst genom-

men. In diesem Sinne hat er sich ja auch im Nordprozeß Danzeisen vor Wochen schon eidlich ausgesprochen.

Was den verbliebenen Inhalt des Gespräches anlangt, so sei einstweilen folgendes hervorgehoben: Der Hauptteil des Gespräches bezog sich auf die unglaublichen inneren Zustände im Braunen Haus. Röhm ging dabei auch auf die Personalverhältnisse in der SA-Organisation ein. Er erörterte sogar die eben erfolgte Veretzung oder Kaltstellung einzelner SA-Führer. Wie sehr in jenem Gespräch die Person seines Parteifreundes Schulz im Vordergrund stand, habe ich schon dadurch bewiesen, daß ich ausführlicher die schwere Indiskretion mitteilen konnte, die mir, dem politischen Gegner gegenüber, sich der Hauptmann Röhm über eine tags zuvor mit dem General v. Schleicher abgehaltene Unterredung erlaubte.

Von antipolitischemwistischer Einheitsfront war selbstverständlich nicht im entferntesten die Rede. Der Bolschewismus wurde insofern erwähnt, als ich auf Grund der dann auch im Prozeß mitgeteilten Meldungen aus Stuttgart darauf hinweisen konnte, daß auch die kommunistische Seite über alle Vorkommnisse innerhalb der Razaibewegung offenbar genau im Bilde sei. In diesem Zusammenhang bestätigte mir Röhm unaufgefordert, daß in einzelnen Teilen der SA bis zu 30 Proz. frühere Angehörige von „Rotfront“ ständen.

Im Laufe des 3¼stündigen Gespräches wurde von Herrn Röhm auch der Gedanke gestreift, wie bedauerlich es sei, daß SA und Reichsbanner in teilweise blutigem Kampf gegeneinander ständen.

Die Schuld daran schob Röhm den Volkstern, den „Zivilisten“ zu. Er unterscheidet, so erklärte er mir, zwei Kategorien: die Soldaten und die Zivilisten. An der Verheerung seien nur die Zivilisten schuld, die dann im geeigneten Augenblick sich zu drücken verstanden.

Unter diese Zivilisten rechnete er natürlich auch seinen Kollegen in der Reichsleitung, den Reichstagsabgeordneten Dr. Frank.

Ich bemerkte hinsichtlich dieses sogenannten Bürgerfriedens nur, daß davon erst die Rede sein könne, wenn Herr Hitler seine Parole vom Köpfe-Rollen-Lassen und überhaupt sein ganzes Programm „Rein Kampf“ als völligen Unsinn feierlich zurückgenommen habe. Solche und noch viel kräftigere Werturteile und Feststellungen steckte Herr Röhm ruhig ein.

Herr Röhm hat eine „eidesstattliche Erklärung“ gemacht. Hierzu stelle ich nur fest, daß in dem Münchener Prozeß der Zeuge Bell, heute noch Mitglied der NSDAP, seine Verteidigung abzuschleimen versuchte mit der Begründung, im Braunen Haus würden eidesstattliche Versicherungen nach Bedarf hergestellt, die ihn in die Gefahr einer Verfolgung wegen Meineid bringen könnten.

Soweit Major Mayr, der seine Aussage vor Gericht beschworen hat. Es müßte Herrn Röhm doch drängen, selber vor Gericht zum Schwure zu kommen!

ihrer Braunen Hauses gemacht! Er scheint ihnen der geeignete Mann dafür zu sein!

Der Diak Röhm in München hat vielleicht gefürchtet, daß er so behandelt werden könnte, wie die Leute vom Braunen Haus andere Menschen behandeln.

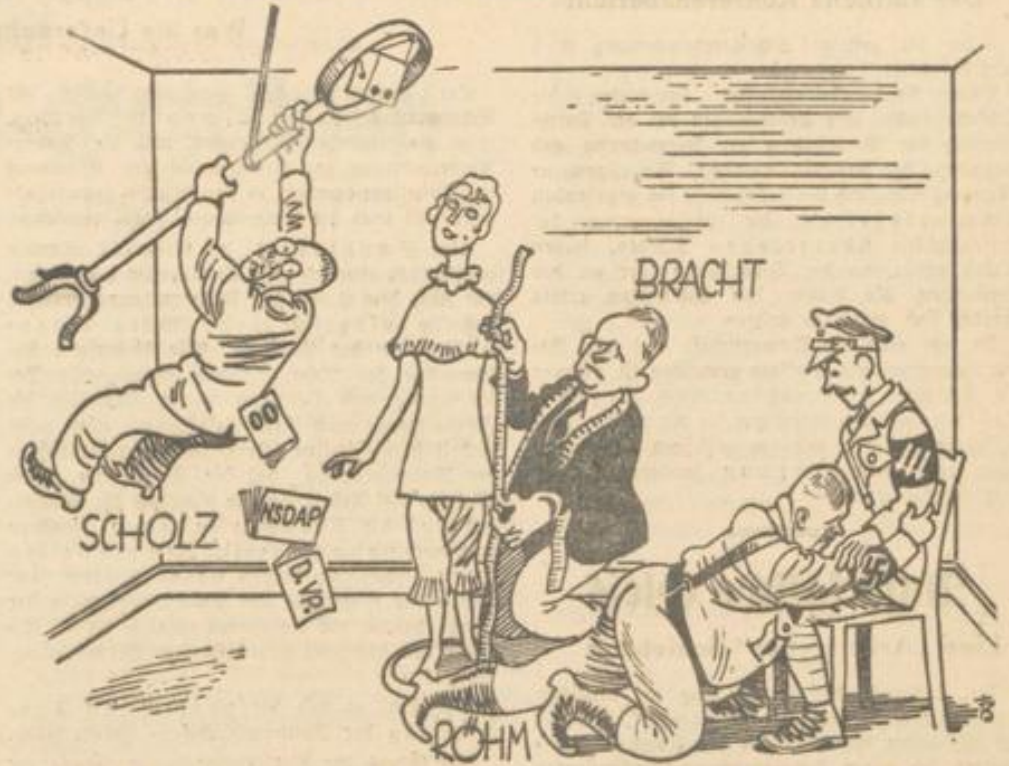
Kämpfe in der Mandchurei Japaner in der Defensive

Eigener Bericht des „Vorwärts“

London, 5. Oktober.

Aus der Mandchurei werden neue schwere Zusammenstöße zwischen chinesischen irregulären Truppen und den Japanern gemeldet. In einem der dabei stattgefundenen Gefechte bei Tschitar im Norden der Mandchurei wurden 300 chinesische Soldaten getötet. Der chinesische General Li Hai Tchang, der mit einer 2000 Mann starken Truppe Tschitar angriff, wurde von den Japanern zurückgeworfen. Dagegen haben chinesische Truppen westlich von Haiar Boden gewonnen.

Deutsches Lachkabinett



Und da gibt es Leute, die fortgesetzt von ernsten Zeiten reden!

Göring schießt Böcke

Der verhinderte Weidmann

Ehe der Reichstagspräsident Göring sich anschickte, seine kapitalen Böcke im Sitzungssaal zu schießen, hätte er das Bedürfnis, sich ein wenig zu trainieren. Die Vorbereitungen dazu übernahm Landtagspräsident Kerri, der darin schon etwas mehr Übung hatte, wie aus folgendem Brief hervorgeht, den wir der „Vossischen Zeitung“ entnehmen:

Der Präsident des Preussischen Landtags.

Berlin SW. 11, den 4. Oktober 1932.

An den Herrn

Staatssekretär für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Müllehl.

Berlin.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Zufolge Ihrer freundlichen Einladung ist meinem Freunde, dem Reichstagspräsidenten Göring, ein Hirsch in der Oberförsterei Neu-Ollendie zugewiesen worden. Herr Göring hat auf telefonische Anfrage festgestellt, daß der Oberförster selbst nur etwa 14 Tage brauche, um einen recht dünnen Hirsch zu schießen. Der zweite Forstbeamte soll noch immer vergeblich auf ein ähnliches Gezier warten. Nun ist Herr Göring, der im übrigen gehört hat, daß Herr Otto Braun in der Romintener Heide ein Hirsch zugewiesen ist, politisch zu sehr beansprucht, um 14 Tage auf Anstand zu sitzen, um dann doch keinen Hirsch zu schießen. Er hat deshalb, und weil er die gewiß nicht unberechtigte Hoffnung hat, daß nächstes Jahr wir selbst die Hirsche in der Schorfheide verteilen werden, darauf verzichtet, von der Zuzweisung Gebrauch zu machen, damit nächstes Jahr auch für andere ein Hirsch übrig bleibt.

Ich danke Ihnen für Ihre lebenswürdigen Bemühungen.

Mit vorzüglicher Hochachtung: gez. Kerri.

Jetzt wird manches erklärlich. Herr Göring ist zwar nicht dazu gekommen, sich an dem dicken Hirsch waidmännisch zu erproben, desto zielbewusster ist er dann auf die Böcke losgegangen, die im neuen Beruf zu erlegen waren — und das ist ihm ganz gut gelungen.

Immerhin werden die braunen SA-Beute, denen Herr Goebbels jetzt täglich von den noblen Manieren der „feinen Herren“ erzählt, mit der Enthüllung nicht ganz zufrieden sein, zumal der „dicke Hirsch“ für Braun, wie die „Vossische Zeitung“ auch feststellen kann, eine kleine Entfindung ist, wie man ja überhaupt die Jagdliebe dieses Margifisten seit zehn Jahren gelassenlich verhandelt hat, um ihn bei den Proleten in Mißkredit zu bringen. Immerhin

wäre es noch vorzuziehen gewesen, wenn Braun die Böcke im Walde schießt, als wenn Göring das im Reichstag befragt. Er hat sich nun für die Zukunft verträufelt — erscheint ihm die heute noch so sicher? Jedenfalls empfehlen wir ihm Vorsicht: Papen will auch mitschießen!

Goebbels — 12 Riesen

Er fegt für Papen den Dreck weg

In einer Polemik gegen Hugenberg schreibt der Herausgeber des „Angriff“:

„Hier kann nur ein Bergschlachter sprechen: Stellt euch bitte ein Dugend kräftiger Riesen vor, die mit weit ausholenden Schritten in den Kampf stürmen, und stellt euch weiter einen kleinen lächerlichen Zwerg vor, einen Hugenzwerg, der den niederwalzenden Weg dieser Riesen nachzutrippeln versucht und dann erklärt, er begrüße es mit Genugtuung, daß die Riesen sich ihm angeschlossen hätten.“

An anderer Stelle verkündet Goebbels gegen die Regierung der Barone:

Da diese Herren keine Argumente für sich anführen können, sagen sie: wir sind von Gottes Gnaden. Sich die Hände reibend, sehen sie schmunzelnd, wie wir ihnen den Dreck wegfeigen ...

Papen könnte dem Dr. Goebbels mit dem hohnvollen Wort aus Schillers Wallenstein antworten: „Dies Gleichnis machen Sie — nicht ich!“

In der Tat ist diese Goebbelsche Selbstcharakteristik nicht zu überbieten. Die Nazis erklären sich als die Dreckfeger der Baronsregierung!

Der Kindermißbrauch

Unter einer Flut von Beschimpfungen muß der „Angriff“ bestätigen, was wir über den Zustand und die Behandlung der Kinder am Hitler-Tage in Potsdam mitgeteilt haben. Er schreibt:

Towohl, ausgehungert, mitleidswürdig und niedergeboren waren diese Kinder, diese Jungen und Mädels, sie waren Ankläger für den furchtbaren Verrat, den die Sozialdemokratie an ihnen begangen hat. Bekanntlich hat nicht die Sozialdemokratie, sondern die von Hitler tolerierte Papen-Regierung die Kürzungen der Lebenshaltung der Arbeiterfamilien herbeigeführt. Aber — wenn die Kinder überhaupt zu beschaffen waren, welches Verbrechen ist es, sie zusammengepackt Tag und Nacht nach Potsdam zu schleppen, ihnen nichts zu essen, zu waschen zu geben und sie in diesem Zustand dann den Krankenhäusern zu überlassen! Jede Zeile des „Angriff“ bestätigt unsere Kritik, wie auch der „Angriff“ die Lüge von dem Uebernehmen des Führers im Zelllager nicht aufrecht erhalten kann.

Hitlers Portier

Warum Stabschef Röhm sich fürchtet

Als Herr Röhm, der Chef der braunen Armees, von München nach Berlin aus dem Braunen Hause in die Privatwohnung des Reichsbannerführers Major Mayr flüchtete, war er von panischer Todesangst ergriffen. Schließlich muß er seine Leute kennen — und die sind danach! Das Braune Haus, in dem sich Herr Röhm nicht mehr sicher fühlte, besitzt einen Portier in Gestalt eines gewissen Johann Schmer. Dieser Mann hat im Februar des Jahres gemeinsam mit anderen einen Reichsbahnstoffscher überfallen. Der Unglückliche wurde so zugerichtet, daß sein Kopf wie in Blut getaucht war. Er bekam Tritte mit Stiefelabsätzen in den Bauch, in die Gesichtsstelle. Die Schmer und Genossen schlugen wie Bestien auf ihn ein. Der Herr Portier vom Braunen Hause tobte vor Gericht. Indessen konnte er nicht verhindern, daß sein Vorstrafenregister bekanntgegeben wurde. Er hat nicht weniger als 11 Vorstrafen wegen Rohheitsdelikten auf dem Korbholz. Diesen Mann haben Hitler und die Selnen zum Portier

Gold Dollar



jetzt auch 6 Stück 20 Pfg

EIN BESONDERER GENUSS

3 1/3

Schlichter optimistisch Der amtliche Konferenzbericht

Ueber die gestrige Schlichterbekämpfung wird kurz berichtet:

Dem Reichsarbeitsminister berichteten die Schlichter über ihre Erfahrungen bei der Durchführung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit. Die allgemeine Meinung war, daß die stellenweise sich ergebenden Schwierigkeiten, die übrigens in der Öffentlichkeit übertrieben wurden, keinen Anlaß geben, an der Verordnung oder an den Weisungen, die bisher den Schlichtern erteilt worden sind, etwas zu ändern.

Do legt auch die Anwartschaft auf die Beschäftigungsprämie wirksam geworden ist, rechnen die Schlichter mit zahlreichen Neueinstellungen von Arbeitern für die nächste Zeit.

Uebrigens, was wir im gestrigen Abendblatt dazu sagten, war nicht von, sondern über der Schlichterkonferenz.

Aufs falsche Gleis

Eine „Arbeitgeber“-Schiebung

Die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, „Der Arbeitgeber“, beklagt über die Mißstände, die die freien Gewerkschaften sich gegen Notverordnungslöhnerfüllungen wenden und die Rechtmäßigkeit des Einbruchs in die Tarifverträge zu bezweifeln wagen.

„Ueber die Erklärungen des Reichsarbeitsministers nach die bisher ergangenen einstweiligen Verfügungen, die den Gewerkschaften die Unterlassung jedweder direkter oder indirekter Streikmaßnahmen aufgegeben haben, hat an dem Verhalten der an diesen Kampfmaßnahmen beteiligten Gruppen etwas geändert.“

Richtig, die Gewerkschaften haben die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren ohne Rücksicht auf das Extragebiet, das die Unternehmer mit der Notverordnung zu machen gedenken. Dem aus dem „Arbeitgeber“ zitierten Satz folgt jedoch unmittelbar der folgende Satz:

„Der politische Kampf dieser Gruppen gegen die Reichsregierung kennt keine Grenzen — selbst dann nicht, wenn es gilt, einen Teil der Arbeitslosen wieder in die Wirtschaft einzugliedern.“

Das ist eine Stanzleistung an Verdrehung! Der nackte wirtschaftliche Existenzkampf der Arbeitnehmer gegen noch stärkeren Lohndruck wird in einen politischen Kampf umgewandelt. Und dieselben Kreise, die Millionen von Arbeitnehmern aus der Wirtschaft „ausgegliedert“ haben, denen die Regierung erst eine 400-Mark-Prämie für jede Neueinstellung als Anreiz bieten muß und sie dazu gleichzeitig zu weiterer Lohnruderei ermächtigen will, sie vernichten Krotabsträmen darüber, daß die Gewerkschaften als ihre Tarifvertragspartner angeblich nur aus politischen Kampfgründen Neueinstellungen verhindern, weil sie dem Unternehmertum nicht freie Hand lassen, die mehrfach „ermäßigten“ Tariflöhne durch einfaches Diktat zu ändern, sie noch weiter herunterzubrühen.

Eine derart unanständige Art der Scharfmacherei richtet sich von selbst.

Einstweilig

Gegen den Buchbinderverband

Die Leipziger Großbuchbinderei Sieke u. Co. hat beim Amtsgericht Berlin eine einstweilige Verfügung gegen den Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter erlangt. Dem Verband wird verboten, den in den Streik getretenen Arbeitnehmern der Firma die direkte oder indirekte tätliche, moralische und finanzielle Unterstützung zu gewähren. Ferner wird dem Verband aufgegeben, es zu unterlassen, den Streik weiter zu organisieren und durchzuführen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß bei der bestreiten Firma der tarifliche Zustand durch Aufforderung der Mitglieder nach Wiederaufnahme der Arbeit wieder herbeigeführt wird. In jedem Fall der Zuwiderhandlung wird Geldstrafe in unbefristeter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten angedroht.

Zu dieser einstweiligen Verfügung kommt der Beschluß des Hauptvorstandes des Verbandes deutscher Buchdruckerbesitzer vom 5. Oktober, die Abstimmung über die Aussperrung im gesamten Tarifgebiet unerrücklich überall dort einzuleiten, wo sie noch nicht beschlossen ist.

Das wäre ein Idealzustand für die Unternehmer, daß sie jederzeit die Arbeiter aussperrn können, die Arbeiter aber nicht streiken dürfen.

Das Beispiel von Leiser

Zum Konflikt im Einzelhandel

Wie wir gestern berichteten, hat die Schuhfirma Leiser sich unbeschadet des Ausgangs des gegenwärtigen Gehaltsstreiks im Einzelhandel bereit erklärt, die bisherigen Gehälter und Löhne

Notverordnung als Geschäft

Was die Unternehmer dabei verdienen

Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Schuhmacher, Josef Simon in Nürnberg, zeigt an folgenden Beispielen, wie die Papen-Notverordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit in der Praxis gehandhabt wird und was die Unternehmer dabei verdienen.

Eine Schuhfabrik, die bisher 23 Stunden wöchentlich arbeitete und 43 Arbeiter beschäftigte, hat nach dem Erlaß der Notverordnung entdeckt, daß sie plötzlich mehr Ware herzustellen in der Lage ist. Alle bisherigen Beschwerden der Arbeiter über ungenügende Beschäftigung und Verdienst waren fruchtlos; die Firma konnte nach ihren Erklärungen nicht mehr Arbeit herbeischaffen. Jetzt, nach dem Erscheinen der Notverordnung, hat die Firma mit einem Male so viel Arbeit, daß sie nicht nur die Arbeitszeit auf 40 Stunden erhöhen, sondern auch noch neun Arbeiter neu einstellen konnte. Während bisher die 43 Arbeiter nur Arbeit für insgesamt 989 Arbeitsstunden in der Woche hatten, hat die Firma plötzlich für 52 Arbeiter und für 2080 Arbeitsstunden Beschäftigung. Woher?

Wie steht es mit der praktischen Auswirkung der Notverordnung in diesem Falle.

Auf Grund der Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung wird, weil die Firma die Arbeitszeit von 23 auf 40 Stunden erhöht hat, die Zahl der Neueinstellungen für die Lohnabrechnung doppelt angerechnet. Die Firma erhält also in diesem Falle die Prämie für neun Arbeiter und fünf außer dem den Lohn um 50 Proz. für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde. Da die Prämie 100 Mk. pro Quartal oder 8 Mk. pro Woche beträgt, so erhält der Unternehmer 9 mal 8 Mk. = 72 Mk. pro Woche. Der Mindestlohn eines über 21 Jahre alten männlichen Arbeiters beträgt in der 3. Ortsklasse, zu welcher die Firma gehört, 84,26 Pf. pro Stunde. Davon 50 Proz. Lohnabzug, ergibt pro Stunde 42,13 Pf.; für 10 Stunden 421,3 Pf., mal 52 Arbeiter ist 21907,6 Pf. Mit der Prämie von 72 Mk. ergibt dieses einen wöchentlichen Betrag von 238,92 Mk. Da der männliche Arbeiter über 21 Jahre nach dem Lohnabzug nur noch 22,49 Mk. in der Woche verdient, kann der Unternehmer mit Prämie und Lohnabzug 10,6 Arbeiter, über 21 Jahre alt, bezahlen. Er bekommt also die Arbeitsleistung von 10,6 Arbeitern umsonst.

Diese Berechnung geht davon aus, daß der Unternehmer nur männliche Arbeiter, über 21 Jahre alt, beschäftigt. Das trifft zwar nicht zu, ändert aber an dem Kern der Sache nichts. Im Gegenteil. Wenn der Unternehmer bei den Neu-

in ihrer Zentrale und ihren Filialen bis zum Jahreschluß unverändert weiter zu zahlen. Die Firma hat im Laufe der letzten Monate ihren Personalbestand an Arbeitern und Angestellten um 378 Köpfe erhöht. Sie ist der Auffassung, daß weitere Herabsetzungen des gegenwärtigen Lohnniveaus eine Schwächung der Kaufkraft und damit einen Rückgang der Umsätze zur Folge haben.

Der Inhaber der Firma, Herr Julius Klausner, hatte bereits dem Betriebsrat gegenüber sich zur Beibehaltung der Löhne und Gehälter bereit erklärt, bevor eine Verhandlung mit dem Gesamtbetriebsrat und des Organisationsvertretern vorgelesen war.

Von der Betriebsvertretung wurde uns bestätigt, daß in der Besprechung am 4. Oktober die bisherige soziale Einstellung der Firma Leiser durchaus anerkannt wurde.

Der Berliner Einzelhandel, der in erster Linie auf die Kaufkraft der großen Masse der Berliner Bevölkerung angewiesen ist, sollte bei den Schlichtungsverhandlungen dieser Erkenntnis folgen.

Streit in der Expedition

Der Tarifstreit im Berliner Expeditionsgewerbe, der infolge der Kündigung des Gehalts- und Manteltarifvertrags für die Angestellten durch den Arbeitgeberverband entstanden ist, hat bis jetzt noch keine Entspannung erfahren. Der Arbeitgeberverband der Berliner Speditionen hat zwar die Gewerkschaften wissen lassen, daß er bereit sei, den Gehaltsstarif bis zum 31. Dezember unverändert zu verlängern. Die Unternehmer verlangen jedoch, daß dann die von ihnen geforderten Verschlechterungen des Manteltarifvertrags, wie z. B. der Abbau des Urlaubs, die Umgruppierung usw., vorgenommen werden.

Eine Funktionärskonferenz der Berliner Speditionsangestellten hat diesen Vorschlag mit Entrüstung zurückgewiesen und die Gewerkschaften beauftragt, nochmals mit den Speditoren über die Verlängerung beider Tarife zu verhandeln. Für den Fall, daß die Unternehmer unnachgiebig bleiben, soll eine neue Funktionärskonferenz die Maßnahmen beschließen, die zur Durchföhrung der Forderungen der Angestellten notwendig sind.

einstellungen nicht männliche und weibliche und die verschiedenen Altersstufen in gleichem Verhältnis zu den Beschäftigten berücksichtigt hat, wenn er etwa — wie das in der Regel der Fall ist — mehr Jugendliche oder Weibliche eingestellt hat, die einen erheblich geringeren Lohn erhalten, dann erhöht sich sein Ueberlohn entsprechend, wie er sich verringert, wenn umgekehrt verfahren würde.

Auch andere Beispiele liegen vor, die deutlich zeigen, wie es die Unternehmer verstehen mit der Notverordnung ein Geschäft zu machen. Aus dem vielen uns vorliegenden Material greifen wir für heute nur einen Fall heraus.

Ein Schuhfabrikant hat zu einer Arbeit, die bisher von einer Arbeiterin im Afford ausgeführt wurde, noch eine Arbeiterin hinzugefügt. Die beiden Arbeiterinnen sollen sich in der Arbeit und damit auch in den Verdienst der einen bisher beschäftigten Arbeiterin teilen. In diesem Falle steht der Unternehmer die 8 Mk. Prämie abzüglich der sozialen Beiträge als Extraverdienst ein.

Und was ist der Effekt? Durch die Notverordnung werden keine neuen Aufträge geschaffen, denn es liegt ja, insbesondere in der Schuhindustrie so, daß es nicht an Arbeiter, Maschinen, Rohstoffen oder Arbeitern fehlt, es fehlt an Aufträgen, weil trotz der unter Friedenspreis gesunkenen Verkaufspreise die Käufer fehlen. Daher ist die Produktion seit dem Jahre 1929 dauernd zurückgegangen. Durch die Notverordnung wird aber die Kaufkraft nicht vermehrt, sondern vermindert.

Wenn nun ein Unternehmer, wie in dem vorstehenden Beispiel angeführt, die Arbeitskraft von 10,6 Arbeitern oder 24,4 Proz. der Beschäftigten umsonst hat, so kann er keine Ware um soviel billiger absetzen, als ein anderer Unternehmer, der von dieser Notverordnung keinen Gebrauch machen kann. Die vermehrten Aufträge, die er auf Grund dieser billigeren Preise bezieht, gehen aber einem anderen Unternehmer verloren, der nun entweder zu Arbeiterentlassungen oder Kurzarbeit schreiten muß.

Wo bleibt da die Ersparnis an Arbeitslosenunterstützung, von der in der Begründung der Notverordnung die Rede ist? Und wenn — wie im vorliegenden Falle — neun bisher Arbeitslose eingestellt werden und damit die Arbeitslosen-, Kranken- und Wohlfahrtsunterstützung eingespart wird, so kommt im günstigsten Falle der Betrag zur Einparung, den der Unternehmer an Prämie erhält. Das ist doch ein gutes Geschäft, nicht wahr, Herr von Papen? Aber nicht für das Reich, sondern für den Unternehmer.

Schuhmacher in Not

Zunftgesetz soll helfen

Die Freie Vereinigung selbständiger Schuhmacher — die neben der Zwangsinnung besteht — hatte zu Montag in Haverlonds Festhalle eine öffentliche Versammlung einberufen, mit dem Thema: „Die Not im Schuhmacherhandwerk, die durch die Großunternehmer verursacht wird. Wie können wir uns vor dieser Ausbeutung schützen?“

Es drehte sich dabei nicht um die Schuhherstellung, die dem Handwerk längst von den Fabriken abgenommen wurde, sondern um die Instandsetzung fertig gekaufter Schuhe. Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, Warenhäuser, die großen Schuhfirmen und Spezialgeschäfte gingen mehr und mehr dazu über, die Ausführung von Schuhreparaturen anzunehmen und so das Handwerk zu schädigen, denn einzig und allein diese Arbeiten zuländen.

Die Gewerbeordnung müsse dahin geändert werden, daß die Annahme und Ausführung von Instandsetzungen nur den gelernten Schuhmachern zusteht, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Alle Reparaturen für Heer, Marine, Polizei, Feuerwehr, Angestellte und Arbeiter der Kommunen, die auf dem Dienstwege besorgt würden, seien dem Handwerk zu überlassen.

Uns scheint, die Inhaber der Schuhreparaturanstalten kommen mit solchen Forderungen um einige Jahrzehnte zu spät. Sie wurden von dem deutschnationalen Stadtverordneten Major Merkel belehrt der eine Attacke gegen die Regiebetriebe ritt.

3dM. krisenfest!

Kampf gegen Gehaltsabbau

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten befiht hinsichtlich der Mitgliederbewegung eine ungeheure Krisenfestigkeit. Wie der Ortsgruppenvorsitzende Genosse Gottjurich in der Generalsammlung mitteilte, sind dem 3dM. in Berlin während der ganzen Krise erst 2664 Mitglieder verlorengegangen, so daß er zu Beginn des zweiten Halbjahres 1932 immer noch 35283 Mitglieder zählte. Die

Mitgliederabgänge sind in allen Quartalen nicht größer gewesen als in den sogenannten guten Zeiten. Genau wie bei den Arbeitergewerkschaften zeigt sich auch beim 3dM., daß sich die Verluste fast ausschließlich auf solche Mitglieder beschränken, die erst kurze Zeit der Organisation angehört und daher mit ihr noch nicht verwachsen waren.

Bei den Ausschüssen hat sich das Bild der letzten Zeit wesentlich geändert. Während früher in der Hauptsache nur Kommunisten wegen organisationsfähigen Verhaltens ausgeschlossen werden mußten, richteten sich in letzter Zeit die Ausschüsse meistens gegen Anhänger oder Mitglieder der RSDAP. Auf Grund der Entscheidung des Hauptvorstandes, wonach Rationalsozialisten in verkürztem Verfahren ausgeschlossen werden können, konnten diese geschworenen Gewerkschaftsfeinde, nachdem sie sich entpuppt hatten, schleunigst aus der Organisation entfernt werden.

Gottjurich schilderte kurz die lohnpolitische Situation in den einzelnen Fachgruppen, wobei er ganz besonders gegen den notverordneten Gehaltsabbau bei den Sozialversicherungsangeestellten protestierte, den man schamhaft „Angleichung“ nennt. Der Ortsgruppe sind ungefähr vierzig Tarifverträge zum Zweck der Verschlechterung gekündigt worden.

In die Adresse der Unternehmer gerichtet waren die Schlussworte des Genossen Gottjurich, in denen er den schärfsten Widerstand gegen jeden neuen Gehaltsabbau ankündigte. Den mit einem deutlich sichtbaren Fabrikationsstempel versehenen Anträgen, in denen die Aufnahme erwerbsloser Angefallter und die Bildung von Erwerbslosenausschüssen gefordert wurde, verlagte die Generalsammlung nach kurzer Debatte fast einmütig ihre Zustimmung.

Ende des Fischerstreiks

Durch einen Vergleich

Bremervhaven, 5. Oktober.

Nach beinahe fünfständigen Verhandlungen des Gesamtverbandes in der Hochseefischer einigten sich die Parteien auf folgenden Vergleich: Der Manteltarifvertrag wird bis zum 31. Januar 1933 verlängert, der Lohn- und Zusatzvertrag bis zum 31. Dezember 1932. Die Parteien sind gehalten, rechtzeitig ihre Änderungswünsche vorzubringen, und zwar für den Lohn- und Zusatzvertrag bis zum 15. November 1932.

Die Fischdampferbesatzungen werden Donnerstag früh ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Die Arbeiter mußten erst streiken, um für ein paar Wochen vor Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen sicher zu sein.

Der Streik im Altonaer Fischereihafen ist nach Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters auf Beschluß der Lohnkommission des Gesamtverbandes am Mittwoch früh beendet worden.

Ein Beispiel

Aus dem Hamburger Hafen

Eine kurze Meldung besagt, daß die Verhandlungen über die Löhne der Hamburger Hafenarbeiter zu der Vereinbarung führten, die Löhne bis Jahreschluß unverändert zu lassen. Damit ist der Versuch gescheitert, die Notverordnung zu mißbrauchen, um den Schichtlohn von 7,60 Mk. auf 6,40 Mk. herabzudrücken, ohne Neueinstellung von Arbeitern.

Der Reichsarbeitsminister mußte den Herrschaften erst harmlos machen, daß die Notverordnung weniger auf Lohnföhrungen als auf eine Entlastung des Arbeitsmarktes abgezielt sei. Damit war den Herren der Vorwand für ihre Lohnruderkaktion aus der Hand geschlagen, so daß sie ihre Forderungen preisgaben.

Hätten sie jedoch ihre Aktion auf die Spitze, die Arbeiter zum Abwehrstreik getrieben, dann wäre auch dieser Streik als „Sabotage der Gewerkschaften“ ausgegeben worden. Das Beispiel im Hamburger Hafen sollte als Warnung dienen.

Erfolg in Weiffenfels

Lohnkürzung abgewehrt

Der Versuch der Weiffenfelser Schuhfabrikanten, mit Hilfe der letzten Notverordnung eine nicht unerhebliche Lohnkürzung vorzunehmen, ist vollkommen gescheitert. Vor dem Landeschlichter wurde ein Abkommen abgeschlossen, nach dem die vor Erlaß der Notverordnung geltenden Tariflöhne weitergezahlt werden sollen.

Dieses Abkommen ist am Montag von der Unternehmerorganisation und den Gewerkschaften angenommen worden. Maßregelungen sind in keinem Falle erfolgt. Die Weiffenfelser Schuharbeiter haben also mit ihrem Abwehrkampf einen vollen Erfolg erzielt.

Siehe 2. Beilage

Urteil im Prozeß Weiß-Grzesinski

5 Monate Gefängnis für Krause, 3 Monate für Lippert

In dem Prozeß gegen die „Angriff“-Redakteure Dr. Lippert und Krause wegen Beleidigung des ehemaligen Polizeipräsidenten Grzesinski und des ehemaligen Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß verurteilte die 5. Große Strafkammer beim Landgericht I Dr. Lippert wegen übler Nachrede und Beleidigung auf Grund der straferschlüssenden Ehrenschuhbestimmungen der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 zu drei Monaten Gefängnis und den Redakteur Krause zu fünf Monaten Gefängnis. Den Beleidigten, Grzesinski und Dr. Weiß, wurde die Publikationsbefugnis des Urteils im „Vorwärts“, „Berliner Tageblatt“, „Morgenpost“, „Cokal-Anzeiger“, der „Germania“ und im „Angriff“ zugesprochen.

Vandgerichtsdirektor Böschhorn jagte zur Begründung des Urteils ungefähr folgendes:

Die formale Beleidigung des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß erblickt das Gericht in Ausdrücken wie Bursche, Angeklagter, korrupter Jude. Für die Behauptungen tatsächlicher Natur erklärten die Angeklagten den Wahrheitsbeweis antreten zu wollen. Dieser Wahrheitsbeweis war äußerst lückenhaft. Im Falle Krauses könne keine Rede davon sein, daß Dr. Weiß als Entgelt für eine angeblich von ihm begünstigte Konzeption sich

als Entgelt eine Rivierareise habe bezahlen lassen. Die Behauptung, Dr. Weiß habe in Spielklubs verkehrt, von deren Gewinnen profitiert und sie deshalb unter seine Fittiche genommen, sei gleichfalls sehr schlecht bewiesen worden. Das Gericht ist zwar der Ansicht, daß der Theaterklub als Spielklub zu bezeichnen sei. Dr. Weiß ist aber aus diesem Klub bereits im Jahre 1925 ausgetreten, also noch bevor er Polizeivizepräsident wurde. Der Vorwurf, Dr. Weiß habe die geschlossenen Klubs aus nicht sachlichen Gründen unterschiedlich behandelt und auch in entsprechender Weise seine Beamten instruiert, ermangele jeden Beweises. Der dritte Beleidigungskomplex enthalte die Behauptung, Dr. Weiß habe sich bereits darauf gefaßt gemacht, ein Exil in Frankreich zu suchen. Es lag darin der Vorwurf, daß sich Dr. Weiß eines Verbrechens bemußt sei und in Vertretung seiner Vizepräsidentenpflichten zu Klüchten beabsichtigt habe. Auch dafür sei keine Spur eines Beweises erbracht worden.

Was die üble Nachrede in bezug auf den Polizeipräsidenten Grzesinski betrifft, so ist der Vorwurf, er halte seinen Beamtenkörper nicht sauber, als außerordentlich schwer zu bezeichnen.

Der § 193, Wahrung berechtigter Interessen, sei

den Angeklagten nicht zuzusprechen gewesen. Die Notverordnung sei anzuwenden gewesen, da sowohl Präsident Grzesinski als auch Dr. Weiß zur Zeit des Erscheinens der Artikel im öffentlichen Leben standen und auch heute noch stehen. Von einem entschuldigen guten Glauben könne bei den Angeklagten keine Rede sein. Das Gericht betont mit aller Entschiedenheit, daß es auch ohne die angezogene Notverordnung des Reichspräsidenten keine Möglichkeit gesehen hätte, auf niedrigere Strafe zu erkennen. Die Vorwürfe, die in den Artikeln gemacht wurden, sind derart schwer, und so mager begründet, sie sind so roh und so wenig sauber, nur geeignet, die öffentliche Meinung und die Öffentlichkeit gegen die Beleidigten aufzuhetzen, daß geringere Strafen überhaupt nicht in Frage kamen. Zudem ist der Angeklagte Krause im Laufe von zehn Monaten nicht weniger als achtmal, darunter viermal wegen übler Nachrede verurteilt worden.

Neuerlich bezeichnend für die Geistesverfassung der angeklagten „Angriff“-Redakteure war ihr Verhalten während der Urteilsbegründung. Der eben erst zu 5 Monaten verurteilte Krause hatte immer seinem Kollegen Dr. Lippert etwas Amüsanter zuzulächeln, so daß der Vorsitzende sich schließlich genötigt sah, beide Angeklagte zur Ordnung zu rufen...

Schlacht. Etwa 150 SA-Leute waren erschienen, die durch Gejag und lautes Brüllen den Redner unverständlich machten. Schließlich griff der „Saalschub“ ein und es entspann sich eine mühe Schlagererei. Fünf Nationalsozialisten wurden von ihren Harzburger Freunden so übel zugerichtet, daß sie zur nächsten Rettungsstelle gebracht werden mußten. Die Polizei entfernte die übrigen Ruhestörer unter Anwendung des Gummiknüppels. Es erfolgte eine Reihe von Festnahmen.

Neulich „türmisch“ verließen die Hugenberg-Versammlungen in den Union-Festjalen in der Greifswalder Straße und in den Hohenzollern-Festjalen in der Bandelstraße in Moabit. Erst nach dem Eingreifen der Polizei konnten die Versammlungen weitergeführt werden. Auch in diesen beiden Fällen wurden zahlreiche Hakenkreuzler festgenommen.

Die Hugenberger haben dieses Gefindel selbst aufpöppeln helfen, jetzt haben sie den Salat.

Neuer Devisentrick

Sperrgewinne als Darlehen

In einem Schnellverfahren vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte war der Bankier K. beschuldigt, Wertpapiere aus ausländischem Besitz in Höhe von 1 073 000 M. verkauft, zwar auf Sperrkonto verbucht, aber in Wirklichkeit dem flüchtig gemordeten Kaufmann Renten aus Düsseldorf für die ausländischen Besitzer ausgehändigt und diese Zahlungen in seinen Büchern durch Scheinbuchungen über angebliche Darlehen verdeckt zu haben.

Die Effekten waren über einen gewissen Rohhändler aus Antwerpen von acht verschiedenen Banken aus Amsterdam, Schenningen und Antwerpen an K. geliefert worden. Die Leute, die Darlehen erhalten haben sollten, waren zum Teil Erwerbslose, von denen einer 30 000 M., ein anderer 60 000 M. bekommen haben sollte. Auch der bekannte Kaufmann Hermann Weber (Sprüweber) hatte ein Darlehen von 350 000 M. erhalten.

Der Angeklagte war in gewissem Umfange geständig. Er gab an, daß der holländische Rohhändler, mit dem er früher in Geschäftsverbindung gestanden hatte, ihn gebeten habe, für holländische und belgische Firmen deutsche Effekten zu verkaufen. Das habe er auch getan und den Erlös ordnungsgemäß auf Sperrkonto gelegt. Bei den nächsten Geschäften habe ihn Rohhändler veranlaßt, 75 000 M. Darlehen an Renten zu geben. Als dann Rohhändler wieder Effekten lieferte, habe er sofort die Bedingung gestellt, daß in der ungefähren Höhe des Erlöses an verschiedene Personen Darlehen gezahlt würden. Nunmehr habe er, der Angeklagte, erst Verdacht geschöpft und sich geweigert. Rohhändler und seine Hintermänner hätten ihn nunmehr bedroht, daß er sich schon strafbar gemacht habe und daß sie, wenn er sich weiter weigere, die Schlinge zuziehen würden. Er sei daher ganz in der Hand des ausländischen Konfessions gewesen. Man habe ihn in die Falle hineingelockt und dann erpreßt.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacobi erklärte, daß Rohhändler den deutschen Behörden als großer Devisenschieber bekannt sei. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Das Gericht verurteilte den Bankier wegen Vergehens gegen die Devisenverordnung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe oder hilfsweise weiteren 200 Tagen Gefängnis.

Notwendige Parlamentsreform

Das Kartell der Republikanischen Verbände Deutschlands veranstaltete am Freitag, dem 14. Oktober, abends 8 Uhr, im Demokratischen Klubhaus, Berlin W. 10, Viktoriaplatz 24, einen Ausspracheabend, bei dem Oberregierungsrat Dr. Teipel über das Thema „Heraus aus dem Turm“ (Vorschläge zur notwendigen Parlamentsreform) sprechen wird. Oberregierungsrat Dr. Teipel gehört zu den berufenen Sachkennern der Fragen über Wahlreform. Zu der im Anschluß an das Referat vorgesehenen Aussprache sind eine Reihe führender Politiker aus allen Lagern angemeldet. Die Veranstaltung ist auf eingeladene Gäste beschränkt. Einladungen und Eintrittskarten versendet die Geschäftsstelle des Kartells der Republikanischen Verbände Deutschlands, Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 19, Telefon A 2 Flora 5690.

500 Prozent Bürgersteuer

Berlin zur Erhöhung gezwungen

In seiner gestrigen Sitzung hat der Berliner Magistrat beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung die Erhöhung der Bürgersteuer für 1933 auf 500 Proz., d. h. auf das Fünffache des einfachen Satzes, vorzuschlagen. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom

Für die Ehefrau wurde zur Bürgersteuer bisher ein Zuschlag von 50 Proz. erhoben. Dieser Zuschlag fällt fort, so daß die Steuer für Verheiratete und Ledige in gleicher Höhe zur Erhebung gelangt. Der einfache Satz der Bürgersteuer beträgt wie bisher 6 M., also auf den Monat gerechnet, nicht wie in den ersten Monaten 1932, 1 M. bzw. 1,50 M. für Verheiratete, sondern für alle Steuerpflichtigen bis zu einem Einkommen von 4500 M. 0,50 M.

Im Haushaltsplan der Stadt Berlin für 1932 war mit der Forterhebung der Bürgersteuer nach den bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen gerechnet und für die Monate Januar bis März bei einem Steuerfuß von 300 Proz. — ein Aufkommen von etwa 15 Millionen Mark erwartet worden. Würde derselbe Steuerfuß, der im Jahre 1932 angewandt worden ist, weiterbestehen bleiben, dann betrüge das Aufkommen in den Monaten Januar/März nicht 15, sondern etwa 5,4 Millionen Mark. Es würde also fassen- und etatsmäßig ein empfindlicher Ausfall eintreten, der bei der gegenwärtig äußerst angespannten Lage der deutschen Städte weder in Berlin noch an anderen Orten ertragen werden könnte.

Durch Verordnung des Reichsministers für Finanzen vom 28. September 1932 ist nunmehr bestimmt worden, daß alle Gemeinden, die die Reichshilfe für Wohlfahrtserwerbslose in Anspruch nehmen wollen, mindestens 500 Proz. der Bürgersteuer 1933 beschließen müssen.

Die Reichsregierung geht dabei von der Tatsache aus, daß durch die Neuordnung der Bürgersteuer eine so wesentliche Herabsetzung der bisher geltenden Sätze eingetreten ist.

Der verheiratete Steuerpflichtige hätte nach den bisher geltenden Bestimmungen monatlich 4,50 M. Bürgersteuer zu entrichten. Am 1. Januar 1933 wird er bei 500 Proz. Bürgersteuer nach den neuen Bestimmungen monatlich 2,50 M. zu zahlen haben. Der ledige Steuerpflichtige hatte auf Grund der früheren gesetzlichen Bestimmungen bei 300 Proz. Bürgersteuer monatlich 3 M. zu zahlen, in Zukunft monatlich 2,50 M., so daß auch seine monatliche Steuerleistung herabgesetzt wird.

Als wesentlich ist noch zu berücksichtigen, daß auch die Einkommensgrenze, die die Bürgersteuerpflicht auslöst, eine Veränderung erfahren hat. Die Steuerfreigrenze lag bisher einheitlich bei 500 M. Jahreseinkommen. Sie wird in Zukunft örtlich verschieden sein, und zwar deswegen, weil

als künftige Freigrenze die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge Geltung haben sollen. Das bedeutet für Berlin bei den gegenwärtigen Richtsätzen, daß die

Freigrenze für das Ehepaar mit zwei Kindern bei 612 M. liegt,

für das Ehepaar mit vier Kindern bei 924 M., also eine wesentliche Veränderung gegenüber dem bisherigen Rechtszustande.

Opfer eines Wüflings

Frau niedergeschlagen und beraubt

Am Königsgraben in Marienfelde wurde am Dienstagabend, wie erst jetzt bekannt wird, die 41 Jahre alte Frau W. aus der Dorfstraße in Marienfelde das Opfer eines Wüflings.

Frau W. hatte in später Stunde noch einige Besorgungen in der Nachbarschaft gemacht und auf dem Heimweg ging sie am Königsgraben einer ziemlich einsamen Gegend, entlang. In der Dunkelheit, so stellt Frau W. der Polizei den Ueberfall dar, sei plötzlich ein Mann im Alter von 20 bis 30 Jahren über sie hergefallen. In dem sich entspannenden Handgemenge habe sie der Täter am Hals gewürgt und ihr schwere Kratzwunden beigebracht. Halb bewußlos habe sie der Begelagerer dann auf das Ackerfeld geschleift und sich an ihr vergangen. Der Täter stahl der Ueberfallenen, nach ihrer Aussage, ein Portemonnaie mit 70 M. Inhalt, eine goldene Halskette und einen Siegelring. Mit der Beute flüchtete der Wüfling und entkam. Frau W. hat erst gestern der Polizei von dem Ueberfall Kenntnis gegeben. Sie erklärt das damit, daß sie am Abend des Ueberfalls zu erregt und verängstigt gewesen sei, um noch die Polizei aufsuchen zu können.

Saalschlacht!

Nazis gegen Hugenbergianer

Die für gestern abend von den Deutschen Nationalen in verschiedenen Stadtteilen einberufenen Versammlungen wurden zum größten Teil von nationalsozialistischen Trupps gestört. Vielfach mußte die Polizei mit dem Gummiknüppel eingreifen, um überhaupt erst die Durchführung der Versammlungen zu ermöglichen.

Im „Deutschen Hof“ in der Ludauer Straße kam es zu einer regelrechten Saal-

Für die Ohlauer!

Organisierte Hilfe den Angehörigen

In kameradschaftlicher Unterstützung bemühen sich alle Republikaner Ohlaus, den Angehörigen der von den schweren Sondergerichtsstrafen betroffenen Kameraden in jeder Weise ihr Los zu erleichtern. Von den Mitgliedern des Reichsbanners, der Eisernen Front und der Arbeiterwohlfahrt ist ein Komitee gebildet worden, das sich die dauernde Fürsorge für die Verurteilten und deren Angehörige zur Aufgabe gemacht hat.

Für die Angehörigen der verurteilten Mitglieder des Reichsbanners und der Eisernen Front ist bereits vom Tage der Inhaftierung an gesorgt worden. Den schwer betroffenen Frauen der Kameraden Bleich und Strullik wurde ein 14tägiger Aufenthalt im Mutterheim in Niederhermsdorf bei Waldenburg ermöglicht. Die Kinder der Kameraden Strullik, Durniock, Banin und Pirschke konnten für vier Wochen im Erholungsheim der Arbeiterwohlfahrt in Striegau untergebracht werden.

28. September 1932 alle Gemeinden gezwungen sind, mindestens 500 Proz. der Bürgersteuer zu erheben. Da in der Neuregelung der Bürgersteuer der Zusatz für die Ehefrau fortfällt, ist eine so große Herabsetzung der Steuer herbeigeführt worden, daß von 1933 500 Proz. erhoben werden müssen.

Die Bürgersteuer ist für das Jahr 1933 durch Reichsverordnung neu geregelt worden. Die Steuer, die bisher in sechs Monatsraten erhoben wurde, ist nunmehr auf eine Jahressteuer umgestellt und gelangt

ab 1. Januar 1933 in 12 Monatsraten zur Erhebung.

Männer Berlins! Das Zweigroschen-Wunder kommt für 15 Pf. PLOX

Gurland ruft nach dem Henker

Nebenkläger fordert Todesstrafe für Jugendliche

Nachdem gestern Landgerichtsdirektor Tolk im Prozeß gegen die Kommunisten den Gerichtsbeschluss, laut dem sämtliche Angeklagten aus der Haft entlassen würden, da ein dringender Tatverdacht gegen sie nicht mehr bestehe, verkündet hatte, erhielt der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Gurland das Wort zum Plädoyer. Diese Haftentlassung der Angeklagten unmittelbar vor dem Urteil bedeutet in erster Linie eine skandalöse Schlappe für die Polizei, deren Ermittlungsmethoden in diesem Prozeß einfach unmöglich waren. Das Gerichtsurteil dürfte keine Ueberwindung mehr bringen.

Man hätte nun erwarten können, daß der Nebenkläger Gurland, im Nebenamt Anwalt und Verteidiger, nicht anklägerischer sein würde als der staatliche Ankläger selbst, und sich den Zuchthausanträgen des Staatsanwalts anschließen würde. Weit gefehlt. Der Herr Nebenkläger Gurland, wohl im Bestreben, dem „Angriff“, der die sofortige Hinrichtung der Kommunisten verlangte hatte, nach dem Munde zu reden, vergaloppierte sich in skandalösester Weise. Zunächst forderte er für den Angeklagten Schall, für den der Staatsanwalt fünf Jahre Zuchthaus beantragt hatte, die Todesstrafe.

Dann aber forderte Rechtsanwalt Gurland auch für den 17jährigen Feine die Todesstrafe, für den der Staatsanwalt den Freispruch beantragt hatte, und für den als Jugendlichen laut Jugendgerichtsgesetz überhaupt nur die Höchststrafe von 10 Jahren Gefängnis in Frage kommt.

Mag sein, daß die Nazis, wenn sie zur Macht gekommen wären, auch für Jugendliche die Todesstrafe dekretiert hätten. Herr Gurland erwies sich im übrigen als außerordentlich „genügsam“. Für

den Angeklagten Calm verlangte er „nur“ 15 Jahre Zuchthaus — der Staatsanwalt hatte 10 Jahre Zuchthaus beantragt —, für die übrigen sechs Angeklagten verlangte er je 10 Jahre Zuchthaus; der Staatsanwalt hatte für drei von diesen Nebenkläger Gurland die Nazis vom Sturm 33 als Unschuldslämmer hingestellt, daß er bestritt, daß sie an jenem Abend auch nur eine Augenabgeschossen haben, verweist sich am Rande. Die Kommunisten, behauptete er, hätten in raffinierter Weise aus dem Eingang des Hauses geschossen, in dem sich das SA-Kolal befindet, die Frauen hätten ihnen die Revolver zugesteckt usw. usw. Einen besseren Verteidiger konnten sich die angeklagten Kommunisten nicht wünschen, so groß war der Widerspruch zwischen dem, was der Nebenkläger ausführte, und den Tatsachen, die sich in der Gerichtsverhandlung ergeben hatten. Bemerkenswert war übrigens die Begründung, die das Gericht der

Nichtvereidigung der Nationalsozialisten

gab. Die Nationalsozialisten, hieß es da, seien dringend verdächtig, wenn nicht am Landfriedensbruch, so doch am Kaufhandel teilgenommen zu haben. Selbst die beiden verletzten Nationalsozialisten blieben unvereidigt.

Die Verhandlung wurde auf heute, Donnerstag, vertagt. Die Morgen Sitzung dürfte mit den Plädoyers der Verteidiger ausgefüllt sein. Das Urteil wäre in den Nachmittagsstunden zu erwarten.

Die angeklagten Kommunisten wurden nachmittags gegen 5 Uhr aus dem Gefängnis entlassen, begrüßt von einer großen Menschenmenge. Die Polizei hatte umfangreiche Sicherungsmassnahmen vorgenommen.

gefähr alle zwei Jahre eine neue Rasse herauszichten. Die Ausstellung, die dem Deutschen Kartell für Hundewesen untersteht, umfaßt 24 Sonderausstellungen. Vergeben werden Wanderpreise, Sonderpreise und Championate. Am Sonntag wird ein Windhundrennen hinter einen mechanisch gezogenen Haken stattfinden. Ebenso werden alle Diensthundrassen unter sich konkurrieren. Zu ihnen gehören die Schäferhunde, Dobermänner, Wireddatterrier, Boxer, Rottweiler und Riesen-Schnauzer. Um den Arbeitslosen entgegenzukommen, zahlen sie für ihren Hund nur die Hälfte des Standgeldes.

Hitlerjugend marschiert im Kreis

Erziehung zum Haß im Kindesalter

Die Empörung über das gewissenlose Verhalten der Naziverantwortlichen gegenüber den vielen tausend Kindern und Jugendlichen in Potsdam kommt noch in ständigen Zuschriften an die Redaktion zum Ausdruck. So schreibt uns ein Berliner Pädagoge:

„Der „Vorwärts“-Bericht vom 5. Oktober über die Sinnlosigkeit der Nazijugendtagung in Potsdam muß von Augenzeugen eindrucksvoll bestätigt werden. Liegt der Sinn einer Demonstration gerade darin, daß man einmal und eindrucksvoll die Masse der Teilnehmer der Bevölkerung gegenüber zur Geltung bringt, so haben die amerikanisch marktschreierischen Methoden dieses Hitler-Tages gerade das Gegenteil erreicht: Eine nur durch die Nacht unterbrochene Dauerdemonstration durch die Straßenzüge vom Luftschiffhafen bis zum Lustgarten mit unaufhörlichem Musikgeschmetter, Trommel- und Pfeifenklang, mit unermüdlicher römischer Grußgebärde mit „Heil-Hitler“-Rufen und Fahnenparaden hat den Zuschauer schließlich bis zur höchsten Abstumpfung unwillig gemacht. Rücklichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der jungen Teilnehmer schien unbekannt zu sein; tatsächlich hat man Jugend, vom Kleinkind an — wenn sozialistische Organisationen das getan hätten, hätte man sich nicht genug entrüsten können! —

S-Bahn wahrt Tradition

Entgegen Weidungen, wonach an den zuständigen Stellen der Reichsbahn Erwägungen über die Einführung der Einheitsklasse auf der S-Bahn wegen des ständigen Rückganges in der Benutzung der zweiten Klasse schwächen, wird von der Reichsbahndirektion Berlin mitgeteilt, daß die Einführung der Einheitsklasse auf der S-Bahn nicht beabsichtigt sei.

Die Abwanderung von der zweiten in die dritte Klasse sei nicht zu leugnen, und zwar sei die Benutzung der zweiten Klasse im Jahre 1932 gegenüber dem Vorjahr um rund 25 Proz. gesunken. Sie betrage zur Zeit noch 8,7 Proz. gegenüber 10,5 Proz. 1931. Die Abschaffung der zweiten Klasse würde aber auch unter den augenblicklichen Verhältnissen für die Reichsbahn nicht nur einen unmittelbaren Verlust von drei Millionen Mark bedeuten, sondern darüber hinaus noch die Gefahr mit sich bringen, daß zahlreiche Fahrgäste der S-Bahn, die diese nur wegen der zweiten Klasse zu benutzen pflegen, zu anderen Verkehrsmitteln abwandern, für die Reichsbahn also verlorengehen würden.

Die Schuloper

Erfolg der Schulmusikreform

Die Bedeutung der in letzter Zeit vielfach angezweifelten preußischen Schulmusikreform konnte nicht schlagender dargelegt werden als durch die Erstaufführung der Schuloper „Cresc ertrinkt“ von Zeilner-Fortner durch die Hohenzollern-Oberrealschule.

Man sah einen nach den neuen Bestimmungen ausgebildeten Musiklehrer als Künstler und Erzieher gleich hochwertig am Werk, hatte seine helle Freude an einer nach neuen Grundfögen kunst-erzogenen Schülerchor und stand staunend vor einer Leistung, die man noch vor 10 Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Man hörte früher gelegentlich von einer Schule, die auf sich hielt, eingepaukte „Nahreszeiten“ und „Schöpfungs“-Auführungen, die herzlich schlecht waren, schlecht sein mußten, weil eben der musikerzieherische Unterbau fehlte und die Musik für Schüler nicht geeignet ist. Die Komponisten der Gegenwart erkannten die Notwendigkeit einer an der Jugend orientierten modernen Kunst, es entstand die Gattung der Schuloper, die durch Drecht-Weill's „Jäger“ bedeutsam eingeleitet wurde. „Cresc ertrinkt“ von Zeilner-Fortner entstand als erstes Werk nach dem „Jäger“. Sicherlich sind gewisse Parallelen zu beobachten, namentlich in textlicher Hinsicht. Aber Fortners Musik zeigt ein ganz persönliches Gepräge.

Die Wiedergabe des Wertes unter der musika-

bis zum Studenten, zwei Tage lang durch die Straßen gejagt, vom Morgen bis zum Abend, fast ohne Unterbrechung. Buchstäblich gejagt, denn mehrfach rückten Kolonnen in Dauerlauf durch die Stadt, wahrscheinlich um den Eindruck militärischer Schneidigkeit zu erhöhen. Kinder, die fuhrant waren, wurden bei den Aufzügen trotzdem mitgeschleppt. Das Tollste war aber die Tatsache, daß in den Straßen meist nicht nur nach einer Richtung, sondern in Gegenbewegung marschiert wurde: Die einen dem Luftschiffhafen zugewandt, die anderen ihm entstellend. So entstand ein ununterbrochener Gegenstrom von Marschierenden, der die schönste Gelegenheit gab zu gegenseitiger Begeisterung, zugleich aber über die Anzahl der Teilnehmer phantastische Vorstellungen verbreiten mußte. Der alte Operntid: Man hat nur dreißig Staffeln, braucht aber dreihundert für den Festzug, läßt die dreißig darum immer wieder auf der Bühne „hintenrum“ marschieren, und siehe da, die Menge will schier endlos scheinen! Der einfache Weg zwischen den Marschpolen in Potsdam beträgt nahezu eine Stunde — jeder kann sich ausrechnen, wie lange die Kinder aufmarschieren mußten. Wie erzieherisch die Lieder wirkten: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen.“ oder „... wenn auch noch manches Auge bricht, wir fürchten Reichsbanner und Rot Front nicht!“

lichen Leitung des Studienrates Dietrich Storer war künstlerisch so hochstehend, daß man vielfach einfach nicht glauben konnte, Schüler vor sich zu haben. Bezaubernd das Pianissimo der Männerchöre, unerhört diszipliniert der Chor 22, wunderbar abgetönt das Orchester. James auch die Auswahl der Darsteller, fein abgestimmt das Spiel unter der Spielleitung von Studienrat Dr. Fröh Hühne. Es war ein Abend ungefrühter Freude.

Eiserne Front vor Gericht

Neue Ermittlungen des Staatsanwalts

Das Urteil gegen die Mitglieder der Propagandaabteilung der Eisernen Front, die sich seit vorigem Donnerstag wegen verübten Totschlages vor dem Sondergericht zu verantworten haben, konnte auch gestern noch nicht, wie anfangs beabsichtigt, gefällt werden. Der Staatsanwalt sah sich ganz unerwartet gezwungen, neue Ermittlungen anzustellen, deren Ergebnis erst heute bekannt werden wird und die möglicherweise von größter Bedeutung für den Ausgang des Prozesses sein werden.

Western wurde als erster der Reichsbannermann Förster vernommen, von dem der Angeklagte Boh vorgestern behauptete, der Zeuge müsse den Namen desjenigen kennen, der, um seinen Kameraden aus der Bedrängnis zu helfen, einige Schüsse abgefeuert hat. Förster erklärte, er kenne die Kameraden, die zu gleicher Zeit mit ihm von den Motorradfahrern in der Sickingenstraße aufgenommen worden sind, nur beim Vornamen. Er benannte dem Gericht einige dieser Vornamen, soweit er sich auf dieselben noch entsinnen konnte.

Ein weiterer Zeuge, gleichfalls Reichsbannermann, bestätigte die Aussagen einer großen Anzahl von Zeugen, daß ein SA-Mann hinter dem Baum in Stellung gegangen war und geschossen hat, er feuerte die Waffe direkt auf ihn ab.

Der Prozeß wurde nach Bernehmung einiger weiterer Zeugen auf heute 1/10 Uhr vertagt.

In wenig Worten

Die kühle Witterung hat in den bayerischen Bergen die ersten Schneefälle gebracht. So ist z. B. in den Allgäuer Bergen bis hinauf auf etwa 1300 Meter starker Schneefall zu verzeichnen. Alle Berggipfel bis weit hinauf sind in glänzendes und schimmerndes Weiß geteilt.

Der Mannheimer Sportflieger Gaus ist über dem Flughafen Mannheim aus 800 Meter Höhe abgestürzt. Gaus hatte einen Looping versucht, der jedoch mißlang. In 50 Meter Höhe versuchte der Pilot nach durch Fallschirm abzuspringen, schlug jedoch zu hart auf die Erde auf und erlitt schwere Verletzungen. Der Tod trat nach wenigen Minuten ein.

Am Dienstagabend ereignete sich auf der Mag-Grube in Michalkowiz-Oberschlesien ein schwerer Grubenunfall. Durch Zubruchgehen einer Strecke wurden fünf Bergleute verschüttet, von denen einer auf der Stelle getötet wurde. Zwei Bergarbeiter wurden schwer, die anderen leichter verletzt.

In der Nähe von Dieradz (Polen) geriet ein Autobus ins Schleudern und stürzte 15 Meter tief in das Flußbett der Niegina. Vier Personen wurden tödlich, sechs lebensgefährlich verletzt.

In Leipzig erschof ein 66 Jahre alter Baumeister seine bei ihm eingeschlepte 35 Jahre alte Tochter. Dann tötete er sich selbst. Familienszwist dürfte die Bluttat ausgelöst haben.

Durch Großfeuer wurden in Reikawa (Tschekoslowakei) über hundert Häuser, außerdem beträchtliche Erntevorräte vernichtet.

Wetter für Berlin: Am Tage wolfig, nachts klar, Bodenfrostgefahr, schwache Luftbewegung. — Für Deutschland: Allgemein ruhiges Herbstwetter mit Nachtfrostgefahr, vielfach Morgennebel.

Erwerbslose und Zwidder

Liefert Herr Bracht das Kleingeld?

Ein Arbeitsloser schreibt dem „Vorwärts“: Nun hat uns Herr Bracht die „Zwidder-Badehosen-Vorordnung“ beschert. Sofern man nun ohne Arbeit ist, kein Geld hat und doch baden will, ist man ganz verflucht im Druck. Hat man Geld, dann kauft man sich eben einen neuen Badeanzug und riskiert höchstens seitens der Verkäuferin die Frage: „Braucht der Herr einen Badeanzug für Preußen oder für das andere Deutschland?“ Jedoch als Stempelbruder mit „E. H.“ (ewiger Hilfe) fehlt das Geld für den neuen „brächtigen“ Badeanzug. Was tun? Da hilft die treue Ehehälft aus dem Dilemma. Neudend schleppt sie die Reservelistentliste herbei. „An deine weiße, dreieckige Badehose nähe ich ein paar Beine an, ebenso ein Teil für Brust und Rücken, und dann ist die Moral gerettet“, ruft sie, glühend vor Freude über ihren guten Einfall, der die Existenzberechtigung der Wottentliste wieder mal erweist. Jetzt weiß ich, Widerspruch ist zwecklos, und woge nur zaghaft zu fragen: „Na, und der Zwidder?“ „Fällt bei ab“, entgegnet sie, und voller Erwartung trolle ich zum Stempel.

Als ich mittags nach Hause komme, zeigt sie mir die moralische Verbesserung meiner Badehose. In Ermangelung weißen Stoffes hat sie andersfarbige Reste verwandt. „Das ist so auch viel lebendiger!“ Und nun steht mein „Brachtbadeanzug“ so aus: Schwarzes Brust- und Rückenteil, die alte weiße Dreieckshose, rote „angeschnittene“ Beine und ein rotes Feigenblatt. Tableau!!!

Sag, verehrter Leser, kann man denn so baden gehen, ohne sich ein Verfahren wegen Bracht-Beleidigung auf den Hals zu laden?

Hundeshau im Lunapark

In dem herrlichen Lunapark, der offiziell bereits geschlossen ist, herrscht regstes Leben. Ist doch die große Kaffeehundausstellung „Hektor“ in Vorbereitung, zu der bislang schon 700 Hunde angemeldet sind, die 70 verschiedenen Rassen angehören. Dazu sei bemerkt, daß es insgesamt 200 anerkannte Rassen gibt, zumal die Engländer un-



Sanella

MARGARINE

1/2 lb 32 $\frac{3}{4}$

Deutschlands meistgekaufte Margarine

Zu jedem 1/2 Pfd. Sanella Margarine gibt's jetzt ein schönes buntes Sportbild. Zum Einkleben der Bilder wurde das „Handbuch des Sports“ geschaffen. Sie bekommen es für 70 Pfennig in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften oder von „Sanella“, Postfach 125, Berlin C 2, gegen Einsendung von 70 Pfennig in Briefmarken.

Wintergarten

Das Septemberprogramm des Wintergartens ist in dem Glanz des Jugend und Schönheit erstrahlenden Dagelma-Balletts dahingegangen, das Oktoberprogramm spendet wieder Jugend, Schönheit und — Humor. Viel Humor. Das ist in dieser tristen Zeit besonders nett. Die berühmte Clownfamilie Bronnelt, vor Jahren in ihrem Humor etwas matt, ist mit einem so tollen, ausgelassenen, schlagfertigen Wit wiedergekehrt, daß die Mauern von dem Lachen, Kreischen und Jubeln der Zuschauer wackeln könnten. George Dormonde nimmt auf einem Einrad einen Betrunknen und feldet seine lebensgefährlichen, erstaunlichen Radelkünste in überwältigendem Humor, der das Schwerste leicht erscheinen läßt. Ganz entzückend ist die englische Tanztruppe Academa, die Tanz, Akrobatik und Gesang glänzend vereint und den deutschen Zuschauern zu Ehren den Schlager „Kur Du“ in drohlichem Deutsch bringt. Zum Schluß bekommen einige auserwählte ältere Herren sogar ein Köstchen auf Wangen oder Ohren. Das ist was für die Berliner! Bejubelt werden die schneidigen Leistungen der großartigen sechs Redner Röhler, darunter zwei, famose Grotesker. Mit Beifall überschüttet werden — mit Recht — die mit unerhörter Leichtigkeit und Sicherheit arbeitenden Schleudertraktanten Sieben Alfredos, einschließlich einer jungen wie ein Federball mit Doppelfuß durch die Luft fliegenden Dame. Eine aparte Darbietung, nicht so sehr in der Schwierigkeit als in der eleganten Ausführung weicher schwingender Linien und wundervoller Kostüme sind die Rollschuhtänze von Mary und Erik. An Herrn Keta aber beweist das Varieté, daß es auch eine Bildungsmission haben kann. Der Künstler verfügt über eine Sammlung alter Musikinstrumente, wie sie in Museen ein einfaches Dasein führen. Keta aber spielt sie meisterhaft und bringt die alten Dinge uns ganz nahe, so die merkwürdige Trumscheit oder Rummelorgel aus dem 15. Jahrhundert, die originale Nagelorgel (1708), bei der abgestimmte Röhren gestrichen werden, die zart und lieblich erklingende Tanzmeisterorgel aus dem 16. Jahrhundert und andere. Lord Kin, der Sopran, Tenor und Bariton in einer Rolle hat, das elegante Tänzerpaar Marianne und Roberts und die eigenartige Ziegfeld-Spigen-tänzerin Mae Elgin vervollständigen das ausgezeichnete Programm.

Genosse Richard Wuste, Bildhauer, Kälberstraße 97, seit vielen Jahrzehnten Parteimitglied und „Vorwärts“-Bezieher, hat seinen 80. Lebensjahr erreicht.

Berlins Sozialdemokratie voran

Kampfstimmung in den Kreisvertreterversammlungen

Vor der stark besuchten Vertreterversammlung des Kreises Nichtenberg sprach Ernst Heilmann. Die wichtigste Aufgabe des Reichstags müsse auf den Umbau der Wirtschaft gerichtet sein. Die Sozialdemokratie befände sich zu der Regierung Papen in schärfster Opposition. Ihre Aufgabe sei, neue Kräfte zu sammeln, nicht nur um das Verlorene zurückzuerobieren, sondern um noch mehr zu erringen. Würde das Zentrum mit den Nationalsozialisten paktieren, mögen auch die Kommunisten wie ehemals mit den Nationalsozialisten gemeinsame Sache machen, wenn es gegen den Hauptfeind geht: zwischen den Sozialdemokraten und den Nazis gibt es niemals eine gemeinsame Aktion. Der Grundfehler der Arbeiterklasse sei ihre Uneinigkeit, ihre Zersplitterung. Ein Vergleich der letzten Jahre mit heute sollte allen kommunistischen Arbeitern klarmachen, daß jeder Sieg über die Sozialdemokratie schwersten Schaden für die Arbeiterklasse bedeutet. In diesem Reichstagswahlkampf geht es darum, daß das deutsche Volk sich eine Vertretung wählt, die eine wirkliche Volkserrettung ist. Die Kreisvertreterversammlung beschloß, den Genossen Arthur Richter als Kandidaten für den Wahlkreis Berlin aufzustellen.

Die Kreisvertreterversammlung im 4. Kreis (Prenzlauer Berg) am Montag im Friedrichs-

hain befaßte sich nach einem Vortrag des Genossen Kurt Heintz, der starken Beifall fand, mit der Kandidatenliste zur Reichstagswahl. Wegen die bisherigen Abgeordneten war nichts einzumenden und auch über die Listenfolge wurde nicht diskutiert, doch wurde gewünscht, daß die Genossen Lübbe und Koch an ausführender Stelle in der Liste rangieren sollen.

Der Kreisvorsitzende Genosse Döhrner appellierte zum Schluß an den Bekanntheit der Genossen in dem bevorstehenden Wahlkampf und forderte mehr als bisher die Agitation von Mund zu Mund.

Die Lösung: Sozialismus

Vor dem Kreisvertretertag des Kreises Mitte sprach Robert Breuer. Wir stehen im kommenden Wahlkampf wieder allein, wir kämpfen allein und werden Verlorenes zurückzuerobieren müssen. Sozialismus ist die Lösung, hier ist der Weg aus der Krise. Eine Diskussion fand nicht statt. Es wurde ein Antrag angenommen, der die Gewerkschaften und die Partei auffordert, mit Entschiedenheit jede Arbeitsdienstpflicht, jede militärische Jugendzucht, schärfstens zu bekämpfen.

Als Kandidat des 1. Kreises wurde Genosse Riese vorgeschlagen.

Hilfe für das Schulfkind

Am Sonntag, dem 9. Oktober, ist in Berlin, wie schon in den letzten Jahren mit Genehmigung des preussischen Wohlfahrtsministeriums und des Oberpräsidenten für Berlin und die Provinz Brandenburg eine öffentliche Straßensammlung. Der Zweck der Sammlung ist die Erhaltung des Schulunterrichts deutscher Kinderheiten im Osten, dem besonderen Betreuungsgebiet des Landesverbandes Brandenburg des DVV. (Verein für das Deutschtum im Ausland, Deutscher Schulverein e. V.), der diese Sammlung durchführt. Das „Fest der deutschen Schule“ im September, über das wir berichteten, hatte infolge des ungünstigen Regenswitters trotz der erfreulichen Beteiligung aller Berliner Schulen im Stadion einen finanziellen Erfolg, der hinter den Erwartungen zurückblieb. Es ist daher zu wünschen, daß jetzt der Sammlung einen Ausgleich bringt. Mit der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Lage aller nation-

alen Minderheiten wird die Erhaltung aller sozialen und kulturellen Einrichtungen immer schwieriger und der meist nur unter größten Opfern ermöglichte Unterricht des Schulfkindes ist besonders in Gefahr.

Jugendrecht und Jugendschutz

Der Unterbezirk Teltow-Breskow der Sozialistischen Arbeiter-Jugend veranstaltete aus Anlaß der Tagung der Sozialistischen Jugend-Internationale am Sonntag in Trebbin einen Jugentag, zu dem aus den verschiedensten Orten des Bezirkes Burtschen und Müdel in großer Zahl eingetroffen waren.

Am Sonnabend wurde die Veranstaltung durch einen Werbeabend im Gesellschaftshaus eingeleitet. Hier begrüßte der Jugendgenosse Buchowmann die Erschienenen und betonte, daß die Jugend im Lager der marginalisierten Arbeiterklasse stehe. Die Ar-

beiterjugend führe den Wahlkampf, an dem sie sich wieder aktiv beteiligen werde, unter der Parole: Für Jugendschutz und Jugendrecht. Sie kämpft gegen den reaktionären Regierungskurs, für Freiheit und Sozialismus. Da das Mitführen von Fahnen und der Befang von Kampffindern in dem für Sonntag geplanten Demonstrationenzug von der Polizei nicht genehmigt wurde, wurde von dem Umzug durch Trebbin Abstand genommen. Die Mitglieder der Arbeiterjugend ließen es sich aber trotzdem nicht nehmen, im Orte propagandistisch für die Sozialdemokratische Partei zu wirken.

Aus der Partei

Genossin Oda Olberg ist am 2. Oktober 60 Jahre alt geworden. Geborene Berlinerin, hat sie als Gattin des italienischen Professors, Genossen Giovanni Berba, schwere politische Verfolgungen unter dem Regime Mussolinis erlitten. Ihr Haus wurde von faschistischen Banditen zerstört und ausgeplündert, sie selbst wiederholt an Leib und Leben bedroht, ihr Lebensgefährte starb in Turin — da erst ging Oda Olberg ins Ausland, um von dort aus den Kampf gegen den Faschismus weiterzuführen. Jetzt wirkt Genossin Olberg in der Wiener „Arbeiterzeitung“ fort. Auch der „Vorwärts“, dessen italienische Berichterstatterin sie jahrelang war, schätzte sie als eifrige Mitarbeiterin.

In der Verbannung gestorben. Am 1. Juli dieses Jahres starb in Kasan (Kasachstan) Sophia Pantchona, eines der ältesten Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei Russlands. Bereits 1907 wurde sie während der zahlreichen Verhaftungen, die im Zusammenhang mit der Affäre Kieff standen, festgenommen und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, die sie in Petersburg im berühmten „Wihuanischen Schloß“ absaßte. 1921, nach dem Kronstädter Aufstand, wurde sie für drei Jahre nach Tomsk verbannt. 1925 schickte die GPU sie für drei Jahre nach dem Gefängnis in Jaroslavl. Seit 1928 wurde sie von der Sowjetregierung nach Kasan verbannt, wo sie an einem Magenleiden verstarb, daß sie sich durch den ständigen Aufenthalt in Gefängnissen und Verbannungsorten zugezogen hatte. Ein neues Opfer der russischen Diktatur.

„Haarglanz“ gibt dem Haare Glanz!

Das durch Nachspülen mit „Haarglanz“ gestraffte, von den Alkaliresten des Waschmittels befreite Haar bekommt zarten, natürlichen Glanz. „Haarglanz“ erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarspügemittel, und auch mit dem hochwertigeren, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond“, die aufhellende Spezial-Sorte!

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
 Reichsbannerkeller: Berlin S. 14, Erdbeckenstr. 37-38, Son 2 22.
 Gedächtnisfeier: Berlin S. 14, Erdbeckenstr. 37-38, Son 2 22.
 Gedächtnisfeier: Berlin S. 14, Erdbeckenstr. 37-38, Son 2 22.
 Gedächtnisfeier: Berlin S. 14, Erdbeckenstr. 37-38, Son 2 22.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deute, Donnerstag, 6. Oktober, um 19 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Süd-berlin: Jugendheim Reichshagen Str. 66, Heimbesprechung, 10-Minuten-Referat: „Rein Beruf“; Tempelhof: Jugendheim-Kasern-Bezirksamt-Referat: „Rein Beruf“; Tempelhof: Jugendheim-Kasern-Bezirksamt-Referat: „Rein Beruf“; Tempelhof: Jugendheim-Kasern-Bezirksamt-Referat: „Rein Beruf“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Reichshagen: Jugendheim Reichshagen Str. 66, Heimbesprechung, 10-Minuten-Referat: „Rein Beruf“; Tempelhof: Jugendheim-Kasern-Bezirksamt-Referat: „Rein Beruf“; Tempelhof: Jugendheim-Kasern-Bezirksamt-Referat: „Rein Beruf“.

Lose
 Zur 1. Klasse 21. u. 22. Oktober
 in allen Abschnitten
 noch zu haben
RITTER
 Bin. W., Leipziger Str. 122/23

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
 Von Mitgliebrern aus Nachrich, daß unser Angeh. der Brunnenhoubt
Josef Baber
 geb. 6. Dezember 1864, am 2. Oktober
 gestorben ist.
 Obre feinem Andenten
 Die Beerdigung findet am Donnersta-
 tag, dem 6. Oktober, 15 Uhr, von der
 Leichenhalle des Wiltbel-Rirchhofes in
 Berlin, Wiltbelstr. 10, statt. Anstatt
 Ange Beteiligung erwartet.
 Die Ortsverwaltung

Ohne jeden Zwischenhandel!

bietet Ihnen mein Spezialgeschäft die Gewähr, daß Sie garantiert nur erstklassige Weine und Spirituosen erhalten. Die Millionen-Umsätze sind der beste Beweis meiner Leistungsfähigkeit.

Feinster Weinbrand-Verschnitt ***	ohne Glas Liter	1/2 Fl.
Reiner deutscher Weinbrand ***		2.85 2.25
Feinster jamaika-Rum-Verschnitt		3.80 2.95
Pa. Nordh. Brantw. u. Richtenberger ca. 32%		3.70 2.90
Extra prima Getreidekorn 40%		2.25 1.85
Prima Edelkörn, alle Sorten		2.20 2.50
Prima deutscher Wermut „Triestine“		von 2.45
Original ital. Vino Vermouth		0.85 0.70
Original süde Südweine		1.15 0.95
		1.20 0.95

Ausschank vom Faß
 Kostproben gratis
 in allen mit * versehenen Geschäften

bei

Echte weiße, süde und rote Bordeauxweine — 1.50
 Prima deutsche Weißweine — 0.60 0.50
 Prima Dessertobweine, süß — Liter von 0.30 an
 Erstklassige Fruchtsäfte, ganz rein — Liter 1.30 — 1.45

BERLIN:
 *N, Brunnenstraße 42
 *N, Müllerstraße 144
 *N, Chausseestraße 76
 O, Koppenstr. 87
 N, Prenzlauer Allee 50
 *N, Schivelbeiner Str. 6
 *O, Petersburger Str. 42
 *O, Grünauer Str. 15
 *SO, Köpenicker Str. 121
 *SW, Bergmannstr. 11
 *W, Martin-Luther-Str. 86
 *NW, Gotzkowskystr. 31
 *NW, Wilsnacker Str. 25
 *Steglitz: Schloßstr. 121

LANKWITZ: Charlottenstraße 34
 *Charlottenburg: Wilmersdorfer Str. 157
 *Neukölln: Berliner Str. 12, Hermanns-
 straße 27 und Bergstr. 66
 *Schöneberg: Kolonnenstraße 7
 *Oberschöneweide: Wilhelmshofstr. 40
 *Spandau: Potsdamer Straße 23
 *Weissenhof: Berliner Allee 247
 *Tempelhof: Berliner Straße 152
 *Pankow: Wollankstr. 98
 *Lichtenberg: Wismarplatz 1
 Reinickendorf: Markstr. 45
 Potsdam: Charlottenstraße 69
 *Oranienburg: Berliner Straße 1

Beste Bezugsquelle für Gastwirte und Wiederverkäufer!

Eduard Süßkind

Am 2. Oktober verstarb unser Kollege
Eduard Volkmann
 nach langem schweren Leiden im Alter von 60 Jahren.
 Infolge eines im Felde erworbenen Leidens
 mußte der Verstorbene schon mit 14 Jahren in den
 Ruhestand versetzt werden.
 Wir verlieren in ihm einen Kollegen, der stets
 bestrebt war, die Interessen seiner Klasse in der
 besten Weise zu vertreten.
 Wir werden das Verstorbene Andenken stets
 wahren.
Die Angestellten
 im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen
 Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs,
 Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin.

Blumen
 Paul Gollatz
 Mariannenstr. 3
 F.R. Oberbaum 1303

Fillhalter
 JUERGENS
 Alexanderplatz
 Neue Königstr. 45

Wirksam sind die KLEINEN
 ANZEIGEN in der Gesamtauflage
 des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

KLEINE ANZEIGEN

Preis: Überschriftswort 20 Pfennig, Textwort 10 Pfennig
 Wiederholungsabatt: 5 mal 5%, 8 mal 7 1/2%, 12 mal 10%,
 oder 1000 Worte Abschluß 10%, 2000 Worte 15%, 4000 Worte 20%
 Annahme durch den Verlag, Lindenstraße 3 1/2 bis 5 Uhr, sämtliche
 Vorwärts-Fillalen und -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe
 Kapelle
 Salgat, Reichen-
 straße 9

**Kleidungsstücke,
 Wäsche usw.**
 Wenig getragene
 Herrenkleider
 von Wollmüttern
 Herren, Knäwler,
 Jabelhose billige
 Preise. Anprobe
 Teilermittel. Be-
 letzte, Krad, Smo-
 king, Schrockan-
 gel, Solen, Sport-
 behälter, Damen-
 mantel, Gelegen-
 heitskäufe in neuer
 Obererde. Billig-
 ste Waren. Schme-
 ckhafte Getränke.
 1. Kasse, Kofen-
 theater Platz.

Radio
 Radio
 Sprechmaschinen,
 Regenschirmradio,
 Komplett mit Hö-
 ren, Lautsprecher,
 angeschlossen, 40,-
 7,30, vierpolig 12,-
 18,-, 22,-, Schell-
 4,75, 6,50, Elektro-
 hafen 3,50, 3,50
 Markt, Knaben, 100
 Volt 2,85, Horan-
 tie-Knabe 4,50, 3,90,
 Wagners 12,-
 Schellmaterial
 billig, Sprech-
 maschinen, Kofen-
 apparate 2,-, 12,-,
 15,-, Markt, Schell-
 apparate 25,-
 25,-, 45,-, 20 10 000
 Werly 8,- 4,-
 6,- (sowie alle Zu-
 behör billig) Wagn-
 er, Weinmeister,
 Marke 14, Pitalen:
 Friedmann, Rhein-
 brande 44, Char-
 lottenburg, Wind-
 schreib-Ed, Rant-
 straße, und Rant-
 straße 54.

Model
 Valentinstagen,
 „Primissima“, Auf-
 legematratzen, Be-
 talbetten 9,-,
 Chaiselongues,
 Wollier, Stangard
 Stroch, achtschu,
 Rein Waben,
 Ausgabensommer
 Möbel unter Preis,
 Eichenfreibänke
 30,-, Buchdränke
 29,-, Ramecling,
 Rofenlenen 56
 (Eds Feuchtmel-
 lstraße).

Rahmeschienen
 Rahmeschienen,
 große Auswahl
 Markt 85,- an in
 Rantdränken und
 Rantdränken 30,-,
 Wagners 30,-,
 Weinmeister 14, Fi-
 lialen: Friedmann,
 Rheinbrande 44,
 Charlottenburg, Wind-
 schreib-Ed, Rant-
 straße, und Rant-
 straße 54.

**Musik-
 instrumente**
 Klavier
 100,-, 150,-, 175,-,
 Büttnerpiano
 200,-, gebrauchte,
 Bezer, Wein-
 straße 90.

Wagen
 Gelegenheitskufe,
 175,-, 275,-, ge-
 brauchte, neue, gro-
 ße Auswahl, Teil-
 schaltung, 220r,
 200maltrage 30,-

Fahrräder
 Fahrräder 25,-,
 35,-, 40,-, 45,-,
 45,-, verchromte
 Fahrräder von 35,-
 an, Ballonräder,
 Fahrräder 32,- an,
 mit Freilauf und
 Rücktritt, 45,-,
 30,-, 35,-, 45,-,
 35,-, 45,-, 55,-,
 65,-, 75,-, 85,-,
 95,-, 105,-, 115,-,
 125,-, 135,-, 145,-,
 155,-, 165,-, 175,-,
 185,-, 195,-, 205,-,
 215,-, 225,-, 235,-,
 245,-, 255,-, 265,-,
 275,-, 285,-, 295,-,
 305,-, 315,-, 325,-,
 335,-, 345,-, 355,-,
 365,-, 375,-, 385,-,
 395,-, 405,-, 415,-,
 425,-, 435,-, 445,-,
 455,-, 465,-, 475,-,
 485,-, 495,-, 505,-,
 515,-, 525,-, 535,-,
 545,-, 555,-, 565,-,
 575,-, 585,-, 595,-,
 605,-, 615,-, 625,-,
 635,-, 645,-, 655,-,
 665,-, 675,-, 685,-,
 695,-, 705,-, 715,-,
 725,-, 735,-, 745,-,
 755,-, 765,-, 775,-,
 785,-, 795,-, 805,-,
 815,-, 825,-, 835,-,
 845,-, 855,-, 865,-,
 875,-, 885,-, 895,-,
 905,-, 915,-, 925,-,
 935,-, 945,-, 955,-,
 965,-, 975,-, 985,-,
 995,-, 1005,-, 1015,-,
 1025,-, 1035,-, 1045,-,
 1055,-, 1065,-, 1075,-,
 1085,-, 1095,-, 1105,-,
 1115,-, 1125,-, 1135,-,
 1145,-, 1155,-, 1165,-,
 1175,-, 1185,-, 1195,-,
 1205,-, 1215,-, 1225,-,
 1235,-, 1245,-, 1255,-,
 1265,-, 1275,-, 1285,-,
 1295,-, 1305,-, 1315,-,
 1325,-, 1335,-, 1345,-,
 1355,-, 1365,-, 1375,-,
 1385,-, 1395,-, 1405,-,
 1415,-, 1425,-, 1435,-,
 1445,-, 1455,-, 1465,-,
 1475,-, 1485,-, 1495,-,
 1505,-, 1515,-, 1525,-,
 1535,-, 1545,-, 1555,-,
 1565,-, 1575,-, 1585,-,
 1595,-, 1605,-, 1615,-,
 1625,-, 1635,-, 1645,-,
 1655,-, 1665,-, 1675,-,
 1685,-, 1695,-, 1705,-,
 1715,-, 1725,-, 1735,-,
 1745,-, 1755,-, 1765,-,
 1775,-, 1785,-, 1795,-,
 1805,-, 1815,-, 1825,-,
 1835,-, 1845,-, 1855,-,
 1865,-, 1875,-, 1885,-,
 1895,-, 1905,-, 1915,-,
 1925,-, 1935,-, 1945,-,
 1955,-, 1965,-, 1975,-,
 1985,-, 1995,-, 2005,-,
 2015,-, 2025,-, 2035,-,
 2045,-, 2055,-, 2065,-,
 2075,-, 2085,-, 2095,-,
 2105,-, 2115,-, 2125,-,
 2135,-, 2145,-, 2155,-,
 2165,-, 2175,-, 2185,-,
 2195,-, 2205,-, 2215,-,
 2225,-, 2235,-, 2245,-,
 2255,-, 2265,-, 2275,-,
 2285,-, 2295,-, 2305,-,
 2315,-, 2325,-, 2335,-,
 2345,-, 2355,-, 2365,-,
 2375,-, 2385,-, 2395,-,
 2405,-, 2415,-, 2425,-,
 2435,-, 2445,-, 2455,-,
 2465,-, 2475,-, 2485,-,
 2495,-, 2505,-, 2515,-,
 2525,-, 2535,-, 2545,-,
 2555,-, 2565,-, 2575,-,
 2585,-, 2595,-, 2605,-,
 2615,-, 2625,-, 2635,-,
 2645,-, 2655,-, 2665,-,
 2675,-, 2685,-, 2695,-,
 2705,-, 2715,-, 2725,-,
 2735,-, 2745,-, 2755,-,
 2765,-, 2775,-, 2785,-,
 2795,-, 2805,-, 2815,-,
 2825,-, 2835,-, 2845,-,
 2855,-, 2865,-, 2875,-,
 2885,-, 2895,-, 2905,-,
 2915,-, 2925,-, 2935,-,
 2945,-, 2955,-, 2965,-,
 2975,-, 2985,-, 2995,-,
 3005,-, 3015,-, 3025,-,
 3035,-, 3045,-, 3055,-,
 3065,-, 3075,-, 3085,-,
 3095,-, 3105,-, 3115,-,
 3125,-, 3135,-, 3145,-,
 3155,-, 3165,-, 3175,-,
 3185,-, 3195,-, 3205,-,
 3215,-, 3225,-, 3235,-,
 3245,-, 3255,-, 3265,-,
 3275,-, 3285,-, 3295,-,
 3305,-, 3315,-, 3325,-,
 3335,-, 3345,-, 3355,-,
 3365,-, 3375,-, 3385,-,
 3395,-, 3405,-, 3415,-,
 3425,-, 3435,-, 3445,-,
 3455,-, 3465,-, 3475,-,
 3485,-, 3495,-, 3505,-,
 3515,-, 3525,-, 3535,-,
 3545,-, 3555,-, 3565,-,
 3575,-, 3585,-, 3595,-,
 3605,-, 3615,-, 3625,-,
 3635,-, 3645,-, 3655,-,
 3665,-, 3675,-, 3685,-,
 3695,-, 3705,-, 3715,-,
 3725,-, 3735,-, 3745,-,
 3755,-, 3765,-, 3775,-,
 3785,-, 3795,-, 3805,-,
 3815,-, 3825,-, 3835,-,
 3845,-, 3855,-, 3865,-,
 3875,-, 3885,-, 3895,-,
 3905,-, 3915,-, 3925,-,
 3935,-, 3945,-, 3955,-,
 3965,-, 3975,-, 3985,-,
 3995,-, 4005,-, 4015,-,
 4025,-, 4035,-, 4045,-,
 4055,-, 4065,-, 4075,-,
 4085,-, 4095,-, 4105,-,
 4115,-, 4125,-, 4135,-,
 4145,-, 4155,-, 4165,-,
 4175,-, 4185,-, 4195,-,
 4205,-, 4215,-, 4225,-,
 4235,-, 4245,-, 4255,-,
 4265,-, 4275,-, 4285,-,
 4295,-, 4305,-, 4315,-,
 4325,-, 4335,-, 4345,-,
 4355,-, 4365,-, 4375,-,
 4385,-, 4395,-, 4405,-,
 4415,-, 4425,-, 4435,-,
 4445,-, 4455,-, 4465,-,
 4475,-, 4485,-, 4495,-,
 4505,-, 4515,-, 4525,-,
 4535,-, 4545,-, 4555,-,
 4565,-, 4575,-, 4585,-,
 4595,-, 4605,-, 4615,-,
 4625,-, 4635,-, 4645,-,
 4655,-, 4665,-, 4675,-,
 4685,-, 4695,-, 4705,-,
 4715,-, 4725,-, 4735,-,
 4745,-, 4755,-, 4765,-,
 4775,-, 4785,-, 4795,-,
 4805,-, 4815,-, 4825,-,
 4835,-, 4845,-, 4855,-,
 4865,-, 4875,-, 4885,-,
 4895,-, 4905,-, 4915,-,
 4925,-, 4935,-, 4945,-,
 4955,-, 4965,-, 4975,-,
 4985,-, 4995,-, 5005,-,
 5015,-, 5025,-, 5035,-,
 5045,-, 5055,-, 5065,-,
 5075,-, 5085,-, 5095,-,
 5105,-, 5115,-, 5125,-,
 5135,-, 5145,-, 5155,-,
 5165,-, 5175,-, 5185,-,
 5195,-, 5205,-, 5215,-,
 5225,-, 5235,-, 5245,-,
 5255,-, 5265,-, 5275,-,
 5285,-, 5295,-, 5305,-,
 5315,-, 5325,-, 5335,-,
 5345,-, 5355,-, 5365,-,
 5375,-, 5385,-, 5395,-,
 5405,-, 5415,-, 5425,-,
 5435,-, 5445,-, 5455,-,
 5465,-, 5475,-, 5485,-,
 5495,-, 5505,-, 5515,-,
 5525,-, 5535,-, 5545,-,
 5555,-, 5565,-, 5575,-,
 5585,-, 5595,-, 5605,-,
 5615,-, 5625,-, 5635,-,
 5645,-, 5655,-, 5665,-,
 5675,-, 5685,-, 5695,-,
 5705,-, 5715,-, 5725,-,
 5735,-, 5745,-, 5755,-,
 5765,-, 5775,-, 5785,-,
 5795,-, 5805,-, 5815,-,
 5825,-, 5835,-, 5845,-,
 5855,-, 5865,-, 5875,-,
 5885,-, 5895,-, 5905,-,
 5915,-, 5925,-, 5935,-,
 5945,-, 5955,-, 5965,-,
 5975,-, 5985,-, 5995,-,
 6005,-, 6015,-, 6025,-,
 6035,-, 6045,-, 6055,-,
 6065,-, 6075,-, 6085,-,
 6095,-, 6105,-, 6115,-,
 6125,-, 6135,-, 6145,-,
 6155,-, 6165,-, 6175,-,
 6185,-, 6195,-, 6205,-,
 6215,-, 6225,-, 6235,-,
 6245,-, 6255,-, 6265,-,
 6275,-, 6285,-, 6295,-,
 6305,-, 6315,-, 6325,-,
 6335,-, 6345,-, 6355,-,
 6365,-, 6375,-, 6385,-,
 6395,-, 6405,-, 6415,-,
 6425,-, 6435,-, 6445,-,
 6455,-, 6465,-, 6475,-,
 6485,-, 6495,-, 6505,-,
 6515,-, 65

Die Hetze mit der „Sabotage“

Illusionisten und Scharfmacher

Im Lager der Papenschen Wirtschaftsankurbler ist man aus dem Häuschen: Die bösen Gewerkschaften sabotieren das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Die schwerindustrielle „Bergwerkszeitung“, die immer dabei ist, wenn Wirtschaft mit Profit verwechselt wird, kann sich vor Zorn und Entrüstung nicht lassen. „Was man in diesen Tagen“, so schreibt sie, „bei den Gewerkschaften erlebt, übersteigt schließlich auch die schlimmsten Befürchtungen.“ Die Gewerkschaften „verneinen die Friedenspflicht“ und das sei „offene Rebellion“.

Deshalb müsse den Gewerkschaften Klarmacht werden, wo die Grenzen ihrer Macht liegen.

Australien und England hätten ebenfalls nur — gegen die Gewerkschaften gerettet werden können.

Weshalb die Aufregung bei dem schwerindustriellen Blatt? Weil sich die Belegschaften in Remscheid, in Gladbach-Rheydt, in der Weifenfelder Schuhindustrie und in Hagen-Haspe den notverordneten Lohnabbau nicht gefallen lassen wollen. Also wegen ein paar Arbeitskonflikten, die man sonst kaum registrieren würde, geht das Papensche Ankurbelungsprogramm in die Brüche. Wenn das Tafsache ist, muß es um die Papensche Ankurbelung schlecht, sehr schlecht bestellt sein. In den genannten Orten haben im besten Falle einige tausend Mann, und das auch nur zeitweise, außer Arbeit gestanden. Gemessen an dem Umfang unserer Wirtschaft will das nichts, aber auch gar nichts befagen. Weshalb also das hysterische Getreibe über Sabotage des Papenschen Programms durch die Gewerkschaften?

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, die ja nun jahrelang über die Gewerkschaften schimpft und wettert, sollte bei diesem für sie gewiß einträglichen Gewerbe zum mindestens die Einsicht gewonnen haben, daß

die Gewerkschaften im Interesse der werktätigen Massen jede Wirtschaftsverbesserung begrüßen.

eine Tafsache, die von gewerkschaftlicher wie sozialdemokratischer Seite wiederholt festgestellt worden ist. Diese nicht zu bezweifelnde Tafsache charakterisiert wohl am besten das Geschwätz von der Sabotage durch die Gewerkschaften. Wie einseitig und wie fälschlich muß die „Deutsche Bergwerkszeitung“ ihre Leser — und das werden wohl vorzugsweise deutsche Unternehmer sein — einschücheln.

Oder versteckt sich hinter den Ausführungen der „Deutschen Bergwerkszeitung“ etwas anderes? Sollten die Papen-Anhänger selbst nicht mehr an das Papen-Programm glauben? Wir sind geneigt, das zu bezagen. Das Papen-Programm war auf

die große Automatik in der kapitalistischen Wirtschaft,

auf die Selbsterholung der Weltwirtschaft, insbesondere auf die Besserungen an den Rohstoffmärkten während des Sommers 1932 eingestellt. Wenn wir die Sommerereignisse an den Rohstoffmärkten — erhebliche Preissteigerungen und bessere Umsätze — nicht erlebt hätten, würden wir auch das Papen-Programm in seiner vorliegenden Form nicht gesehen haben. Das Papensche Wirtschaftsprogramm hat sich an die Automatik in der kapitalistischen Wirtschaft angehängt.

Dabei bleiben zwei ausschlaggebende Fragen ungeklärt. Einmal die Frage, ob es sich wirklich um eine dauernde und nachhaltige Erholung in der Weltwirtschaft handelt und ferner die Frage, ob sich die Väter des Papenschen Ankurbelungsprogramms nicht in dem Tempo, in dem sich die Erholung in der Weltwirtschaft vollzieht, irren.

Die Dinge sind auf den großen Rohstoffmärkten etwas anders gekommen, als man sich das im Sommer 1932 gedacht hat. Zwar glaubt man immer noch an einen Aufstieg. Aber man hat aus den Rückschlägen der letzten Wochen gelernt, daß

sich der Aufstieg nicht ohne Rückschläge vollziehen

wird, wie man sich das noch vor kurzem vorgestellt hat. Das mußte selbstverständlich auch in das Papensche Lager Unruhe und Verwirrung bringen. Diese Unruhe und diese Verwirrung sprechen u. a. aus den Auslassungen der „Deutschen Bergwerkszeitung“. Man begreift, was wirtschaftlich und politisch davon abhängt, wenn man sich im Tempo des weltwirtschaftlichen Aufstiegs wirklich verrecknet hat. Allem Anschein nach sucht jetzt schon die „Deutsche Bergwerkszeitung“ nach dem Karnickel, das man veramtlich machen kann. Das können bei der „Deutschen Bergwerkszeitung“ nur die bösen Gewerkschaften sein, die in den Redaktionsräumen des schwerindustriellen Blatts eine ähnliche Rolle spielen wie der schwarze Mann bei den Kindern.

Und wenn nun die Gewerkschaften ganz allgemein sich gegen den notverordneten Lohnabbau sträuben allgemein mit vollem Erfolg wehren, können wir das nur begrüßen. Und zwar aus wirtschaftlichen Gründen. Hat sich die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schon Gedanken darüber gemacht, weshalb die Rückschläge an den Rohstoffmärkten und in der Weltwirtschaft während

der letzten Wochen eingetreten sind und eintreten mußten?

Die Rückschläge waren unvermeidlich, weil der letzte Verbraucher nicht kaufen kann und die Rückschläge werden in Zukunft da sein, wenn man durch notverordneten Lohnabbau die Kaufkraft der Massen weiter schwächt.

Im engen Rahmen, im Papenschen Wirtschaftsprogramm, haben ja die deutschen Unternehmer den Verbraucher vergessen und muten ihm weitere Kaufkraftdrosselung zu. Im weiten Rahmen, in der Weltwirtschaft, auf den Rohstoffmärkten, in der kapitalistischen Automatik sieht das so aus, daß Rückschläge eintreten, weil der Markt, die Masse der Verbraucher, die Fertigerzeugnisse nicht aufnehmen kann.

Wenn die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schon von Sabotage des Papenschen Wirtschaftsprogramms reden will, dann soll sie sich doch einmal

um die Fälle von Preissteigerungen,

die die letzten Wochen gebracht haben, kümmern. Keinen Tag haben wir in den letzten Wochen erlebt, wo wir nicht von ganz erheblichen Preis-

steigerungen Kenntnis nehmen mußten. Preissteigerungen, die erfolgten, trotz verschiedener Kostenverminderungen. Preissteigerungen, für die sachliche Gründe nicht vorliegen. Wenn sich die „Deutsche Bergwerkszeitung“ über Sabotage entrüstet, dann soll sie einmal gegen den Wahnsinn der Kartellpreise protestieren. Noch immer ist der Eisenpreis vielfach so hoch wie im Auslande, ganz zu schweigen von dem Preis für Rohle, für Zement und andere Baustoffe usw. Will die „Bergwerkszeitung“ gegen Sabotage kämpfen, dann soll sie

gegen die Kontingentierung

kämpfen, die einen Schlag gegen unsere Industrie bedeutet, wie sie ihn seit Jahrzehnten noch nicht erlebt hat.

Vielleicht liegen die Dinge auch so, daß die „Bergwerkszeitung“ das mit der Sabotage der Wirtschaft gar nicht so meint, wie es aussieht. Vielleicht will sie nur scharf machen. Vielleicht träumt die „Deutsche Bergwerkszeitung“ von jenen Zeiten, wo man gegen Streikende Militär marschieren ließ. Wenn das der Fall sein sollte, dann spielt man in der Schwerindustrie, die ziemlich allein auf weiter Flur geblieben ist, bedenklich mit dem Feuer.

Krisenkämpfe in England

Parole: Lohnabbau — Vor schweren Konflikten

Die Spannungen in der englischen Wirtschaft haben sich seit dem Sommer zusehends verschärft. Das Strohhalm der letzten Belegung, die auf die Abwertung der Pfundwährung folgte, ist schon längst erloschen. Die Zahl der Arbeitslosen hat Ende August bereits 2 947 000 Personen umfaßt, und dürfte Ende September bereits die 3-Millionen-Grenze überschritten haben. Auf die deutsche Bevölkerungsmenge übertragen, entspricht diese Arbeitslosenzahl etwa 4 1/2 Millionen Erwerbslosen in Deutschland. Für den kommenden Winter erwartet man eine weitere beträchtliche Steigerung der Erwerbslosigkeit, da sich von einigen Spezialindustrien abgesehen, die Exportausfichten noch verschlechtert haben.

Während das Krisenjahr 1931 in England noch ohne einen allgemeinen und für die Lebenshaltung fühlbaren Lohnabbau vorüberging, scheinen sich die britischen Unternehmer jetzt

zum Generalangriff auf die Löhne

zu rüsten. Den Auftakt gab die Lohnsenkungsoffensive in den Baumwollwebereien in Lancashire, die zu dem erst kürzlich beendeten vierwöchigen Streik von 200 000 Baumwollwebern geführt hatte. Der Endeffekt dieses gewaltigen Arbeitskampfes war eine 8 1/2-prozentige Lohnsenkung, die zwar nicht den Forderungen der Baumwollunternehmer entsprach, aber doch eine sehr fühlbare Drosselung des Einkommens mit sich brachte.

Kaum sind die 200 000 Weber wieder in die Betriebe zurückgekehrt, da droht

ein neuer schwerer Arbeitskonflikt in den Spinnereibetrieben

der britischen Baumwollhochburg Lancashire. Die Spinnereimagnaten fordern Lohnkürzungen in Höhe von 15% Proz. der Löhnenpreise, also Kürzungen, die etwa 8 bis 10 Proz. des bisher gezahlten Lohnes ausmachen.

Die Not an der Ruhr

Ein Drittel der Bevölkerung lebt von öffentlicher Unterstützung

Ein schlimmes Bild von der finanziellen Not der Städte des Ruhrgebiets entwickelte Professor Dr. Rost auf einem Presseempfang. In den vierzehn Städten des Ruhrgebiets — davon sieben Städte mit mehr als 100 000 Einwohner — lebt ein Drittel der Bevölkerung von öffentlicher Unterstützung. Am 31. März 1932 war in den Haushalten dieser Städte ein Defizit von zusammen 120 Mill. M. vorhanden. Die gesamten Steuereinnahmen (einschließlich Ueberweisungen auf Staat und Reich) beliefen sich im Jahre 1931 auf 220 Mill. M. Sie hätten also um 50 Proz. höher sein müssen, um das Gesamtdefizit auszugleichen! Die besondere Not des Ruhrgebiets geht daraus hervor, daß hier nur ein Zwanzigstel der Reichsbevölkerung lebt, daß aber von dem Gesamtdefizit aller deutschen Gemeinden auf dieses Gebiet ein Fünftel entfällt.

Da alle Rücklagen und Fonds (etwa 40 bis 50 Mill. M.) aufgezehrt, Kassenkredite nicht zu erhalten sind, ist eine ordnungsgemäße Finanzgebarung nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die pünktliche Tilgung und Verzinsung von Anleihen ist unmöglich, Polizeikosteneinträge und Staatssteuern können nicht abgeliefert werden.

Die neuen Löhne sollen in 14 Tagen durch Anschlag in den Fabriken „verordnet“ werden. Da die Gewerkschaft der Spinnereiarbeiter sich gegen eine derartige gewaltsame Lohnkürzung sträubt, steht ein neuer großer Arbeitskampf bevor, in den

mehr als 250 000 Spinnereiarbeiter

hineingezogen würden, wenn nicht die Unternehmer in letzter Stunde ihre Forderungen zurückschraubten.

Auch bei den englischen Eisenbahnen hat sich eine schwere Krise entwickelt. Die vier großen englischen Eisenbahnkongerne, die noch privatwirtschaftlich regiert werden, haben jetzt eine Denkschrift veröffentlicht, die ihre Absichten deutlich genug zu erkennen gibt. Rund heraus wird erklärt, daß durchgreifende Lohnherabsetzungen dringend notwendig seien. Die Konzernverwaltungen begründen ihren rigorosen Vorstoß damit, daß bei den vier Eisenbahnkongernen

die Verkehrseinnahmen von 1929/31 von 181 auf 157 Millionen Pfund

geunken seien. Im laufenden Jahr seien die Verkehrseinnahmen weiter geschrumpft.

Da die Gesamtausgaben für Löhne und Gehälter im vergangenen Jahr 102 Millionen Pfund betragen hätten, müsse die Sanierung von der Lohn- und Gehaltsseite (!) aus angefaßt werden. Die Eisenbahngewerkschaften haben sich zu dieser Denkschrift der Unternehmer noch nicht geäußert. Bei der lebenswichtigen Bedeutung, die in einem modernen Industrielande dem Eisenbahnerkehr zukommt, und bei der Masse von mehr als 500 000 Arbeitnehmern, die in diesen Konflikt hineingezogen werden, ist allerdings kaum anzunehmen, daß die englische Regierung es zum Ausbruch eines offenen Kampfes im Verkehrsgewerbe kommen läßt, sondern mit der Schlichtungsmaschine eingreift.

Nach Professor Rost sind etwa 60 Mill. M. rückständig.

Die Not an der Ruhr ist eine bittere Anklage gegen die Finanzpolitik des Reiches, die seit Jahren alles Mögliche samiert, aber die Kommunen langsam dem Zusammenbruch zutreiben läßt. Ein Drittel der Bevölkerung lebt von öffentlicher Unterstützung — ist eine schärfere Anklage gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem denkbar? Umbau der Wirtschaft tut not!

Gegen Kontingente

Scharfer Protest des Einzelhandels

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels protestiert in einer Eingabe an den Reichskanzler gegen die beabsichtigte Kontingentspolitik der Regierung. Es heißt in dieser Eingabe, daß die neuen Maßnahmen für die Landwirtschaft geeignet sind, die schweren Verschlechterungen, die die Krise in den Millionen von Einzelhandelsgeschäften hervorgerufen hat, noch zu vertiefen. Die Umsätze im Einzelhandel seien von 1926 bis 1931 von etwa 35 auf 27,5 Milliarden zusammengeschrunken. Für das laufende Jahr rechne man bestenfalls mit 22 bis 23 Milliarden Umsatz.

Dieser Umschlagwund sei nur zum Teil durch

Preisfestsetzung zu erklären, im wesentlichen aber auf den Kaufrisichwund zurückzuführen. Die von der Regierung beabsichtigte Belegung der Produktion müsse geheimt werden, wenn die vorgehenden Kontingente den deutschen Exportmarkt und damit das aus dem Export fließende Volkseinkommen weiter droffeln. Die Fernhaltung billiger Auslandsware mühte bei Verknappung des inländischen Angebotes einen weiteren verhängnisvollen Druck auf die Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung ausüben.

Die Hauptgemeinschaft hat ihre Mitgliederversammlung auf den 15. November d. J. nach Berlin berufen, um in einer großen Kundgebung zu den wirtschaftspolitischen Fragen Stellung zu nehmen.

Das Ende

Richard Kahn in Konkurs

Richard Kahn, der ehemalige Herr von zahlreichen bedeutenden Industrieunternehmen, ist im Prozeß gegen die Schwedischen Kugellagerfabriken (wenigstens in erster Instanz) unterlegen und zur sofortigen Zahlung von 2,1 Millionen Mark verurteilt worden. Die weitere Konsequenz ist jetzt, daß er für seine Holding-Gesellschaft, die Industrielle Verwaltung G. m. b. H., Konkurs anmelden mußte.

Es war klar, daß Kahn (oder seine G. m. b. H.) die Millionensumme nicht zahlen konnte. Er suchte einen außergerichtlichen Vergleich mit seinen Gläubigern, nach dem diese ein Jahr lang mit ihren Forderungen stillhalten sollten. Angeblich haben sich einige der kleineren Gläubiger geweigert, die Stillhaltung zuzugestehen, so daß nichts anderes als der Konkurs übrig blieb. Die Auswirkungen sind noch nicht zu übersehen. Nach früheren Mitteilungen sind von der G. m. b. H. nur einige unbedeutende Unternehmen abhängig, nachdem die Beteiligungen an den Werkzeugmaschinenfabriken im vorigen Jahre auf die kreditgebenden Banken übergegangen waren.

Neue Russenaufträge für die AEG.

Die AEG. hat in letzter Zeit wiederum einige größere Aufträge von Rußland hereingekommen. In der Hauptsache handelt es sich um Elektromotoren und -kompressoren sowie elektrische Antriebe für Verladebrücken und Krane. Außerdem wurde ein Auftrag von fünf Ausrichtungen für Elektroöfen zur Eisen- und Stahlerzeugung erteilt.

Italiens Zwangsanleihe

Sparkassen zur Sanierung der Industrie herangezogen

Die Vorgänge in Italien verdienen in Deutschland größere Aufmerksamkeit deshalb, weil der Faschismus keine Sozialisierung (wie die Nazis behaupten) durchführt, dafür gewisse Methoden zur Rettung des Kapitalismus ausgearbeitet hat, die augenscheinlich in Deutschland nachgeahmt werden sollen.

Vor einem Jahre etwa, nach einem gewaltigen Banken- und Industriekrach, wurde das Istituto Mobiliare Italiano mit einem Kapital von einer halben Milliarde Lire (etwa 50 Millionen Mark) gegründet. In dieses wurden all die faulen Industriebeteiligungen der italienischen Großbanken gepackt, die allmählich durch Obligationenausgabe des Instituts — bis zum Zehnfachen des Kapitals! — flott gemacht werden sollen. Es ist also ganz dasselbe, was in Deutschland jetzt mit der Industrie-Finanzierungs A.-G. (Ifi) und der Amortisationskasse (Amok) erreicht werden soll.

Vorläufig geht das italienische Institut recht bescheiden vor. Es wurde zunächst eine Anleihe von nur 100 Millionen Lire (21 Millionen Mark) zu 5 Proz. ausgegeben. Aber selbst dieser kleine Betrag scheint die Aufnahmefähigkeit des italienischen Kapitalmarktes zu übersteigen — es heißt, die Städte seien „fast an Sparkassen vergeben“ worden. Das bedeutet natürlich nichts anderes, als daß man den Sparkassen die Anleihestücke, für die sich sonst kein kapitalträchtiger Käufer fand, aufzwingen hat, ein Verfahren, das nun allen Tadeln, aber keinesfalls der Nachahmung wert ist.

Diese Zwangsanleihe haben die Sparkassen übernehmen müssen, damit der „Italgas“ ein Kredit zur Sanierung gegeben werden kann. Die „Italgas“ ist ein großer Industriefinanzier, der die Versicherungswirtschaft Italiens (Gas, Wasser) maßgeblich beherrscht und im vorigen Jahre pleite ging. Im Zusammenhang mit dieser Pleite mußte die Malländer Gas-Gesellschaft an die amerikanische Edison-Gesellschaft verpackt werden.

Im faschistischen Italien gibt es keine Krise? Genau so schlimm oder schlimmer als in anderen Ländern. Infast aber an den Umbau der Wirtschaft zu gehen, bietet man alle Machtmittel des Staates auf den Kapitalismus zu retten. Selbstverständlich müssen die Spargroschen diesem „Rettungswerk“ dienen!

98 — 99 — 100 . . .

**Ich kann nicht schlafen —
Trinken Sie Kaffee Hag.**

IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

331

Spät in der Nacht ist's. Gilgis Kopf liegt auf Martins Brust, sie hat die Hände in seinen Achselhöhlen vergraben. „Martin“, sagt sie halblaut, „du bist viel klüger als ich, du weißt viel mehr als ich — du mußt verhindern, daß aus Liebe meine Liebe zu dir entzwei geht. Das darf doch nicht geschehen, daß du eines Tages nur Mann für mich bist — du mußt immer Martin für mich sein.“ Sie hebt den Kopf — — keine Antwort. Schnelle, gleichmäßige Atemzüge. Er schläft. Ihre unfaulen Lippen tasten an seiner Brust hinauf, seinem Hals — bis zum Mund — mein Liebling, das wäre schön, wenn du immer alles in mir müßtest, ohne daß ich davon zu sprechen brauchte. Das wäre schön. Aber man darf ja wohl nicht zuviel verlangen.

Nüchternes Arztzimmer. Blinkende Instrumente. Geruch nach nichts. Selbstbewußte Aepfis. Auf der schmalen, kühlen, wachstuchbedeckten Chaiselongue sitzt Gilgi und bringt's ohne Spiegel fertig, ihre Krautwatte zu einem ordentlichen festen Knoten zu schlingen. Aufreizend umständlich trocknet sich der kleine blonde Arzt vorm Waschbecken die dünnen ausgelagten Gynäkologenhände.

„Zum Donnerwetter, machen Sie endlich den Mund auf, Herr Doktor — was ist los mit mir? Krieg' ich ein Kind oder nicht? Wie? In sieben Monaten? So. — Na schön, mehr wollte ich nicht wissen. — — Was Sie mir zu sagen haben, sagen Sie bitte auf Deutsch, ich kann kein Lateinisch.“ Der blonde, kleine Arzt weiß nicht, ob er erstaunt oder beleidigt sein soll. Schließlich übersteuert er seine Unentschiedenheit hinter überlegenem Wohlwollen.

„Sie sind kerngesund, kleines Fräulein. Prachtvoll gebautes Becken.“

„Was heißt prachtvoll gebautes Becken, Herr Doktor“, unterbricht Gilgi. Ist wie immer, wenn vor schwierige und unabänderliche Tatsachen gestellt, ganz eingehüllt in eisfalte Sachlichkeit. Einen kräftigen Schuß Straßenjungenhaftigkeit braucht man als Selbstschutz. Keine Angst vor Worten, keine Angst vor Begriffen — deutsch geredet. Eine böse und ungerechte Wut hat sie auf den harmlosen kleinen Doktor. Nach' dich man nicht so wichtig, du elende in Karbol getauchte Micky Maus, du. . . Was heißt prachtvoll gebautes Becken! Ich will kein Kind.“

Väterlich legt der kleine Arzt seine Hand auf Gilgis Schulter — „Kleines Fräulein. . .“

„Lassen Sie diesen molligen Großpapaton — ich will kein Kind.“

„Sie müssen jetzt nicht so aufgeregert sein, liebes Fräulein — das beste ist, Sie heiraten.“

„Das entzieht sich ja nun doch wohl ein bißchen Ihrer Kenntnis, was da das Beste ist, nicht wahr? Und außerdem, das wäre das wenigste. Würde mir absolut nichts ausmachen, fünf gesunde uneheliche Kinder in die Welt zu setzen, wenn ich für sie sorgen könnte. Aber das kann ich nicht. Ich hab' kein Geld, mein Freund hat kein Geld — ich meine, es kostet weniger, wenn man die Angelegenheit rechtzeitig beseitigt. Wollen Sie das tun?“

„Wofür halten Sie mich!“ Der kleine Arzt ist halb echt, halb unecht entriüfelt. Ach Herrgott nochmal — willst du Theater, du vermißterter Idiot! Gut, machen wir eben Theater. Gilgi stiert schmerzverloren vor sich hin, packt nach sekundenlangem Stieren die Hand des Arztes — dumpfes Köcheln wäre jetzt angebracht und vorchristlichmäßig — na, vielleicht genügt auch: „Helfen Sie mir, Herr Doktor! Ich habe solches Vertrauen zu Ihnen (hört jeder Arzt gern) ich weiß nicht, was — ich meine — als ich —“

Quatsch, das ist mir zu dumm, ich kann das nicht. Man muß doch vernünftig mit so einem Mann reden können. Und Gilgi spricht ganz still und ruhig: „Hören Sie, Herr Doktor, es ist doch das Unmoralischste und Unhygienischste und Absurdeste, eine Frau ein Kind zur Welt bringen zu lassen, das sie nicht ernähren kann. Es ist darüber hinaus überhaupt das Unmoralischste und Absurdeste, eine Frau ein Kind kriegen zu lassen, wenn sie es nicht haben will. . .“ Und hin und her wird geredet — eine halbe Stunde lang. Gilgis angriffslustige Energie läßt bereits wieder nach. Ach, ist ja schon alles egal, mag doch nur kommen, was kommen muß.

„Also dann kommen Sie in drei Wochen

mal wieder, kleines Fräulein, es passiert ja häufig, daß so eine Sache von selber in Ordnung geht — — na, und — in solchem Falle könnte man dann eventuell nachhelfen.“ Gilgi nickt müde. Ja, sie wird in drei Wochen wiederkommen.

Langsam steigt sie die Treppe hinab. Fühlt sich plötzlich so schlapp und zerklüftet, daß sie sich für einen Augenblick auf eine Stufe setzen muß. Sie denkt nach über die letzten Worte des Arztes — was hat er nun damit gemeint? Vielleicht ein verschleiertes Betsprechen. Sicher doch. Was denn sonst? Oder — — er will mich hinhalten, bis es zu spät ist. . . dann müßte ich ja bei einem andern versuchen — ach, ich hab' von einem Mal genug. Ich werd' in drei Wochen wiederkommen. Noch drei Wochen! Noch drei kurze, kurze Wochen. Gilgi läßt den Kopf auf die Knie sinken. Man wird Martin nichts sagen — nicht, bevor's gar nicht mehr anders geht. Kein Wort wird man ihm vorläufig sagen. Da zerbricht vielleicht etwas, wenn er's erfährt. Vielleicht nimmt er's

furchtbar leicht — das erträgt man nicht. Vielleicht ist er hilflos und der Sache ganz und gar nicht gewachsen — das erträgt man nicht. Vielleicht würde er sich verpflichtet und gezwungen fühlen, sein ganzes Leben umzustellen — todunglücklich würde er dann werden und ich auch. Widerlich ist die ganze Geschichte. Ja, wenn man Martin nur ein bißchen weniger lieb hätte, dann wäre alles viel einfacher. So aber hat man diese sinnlose verrückte Angst, daß irgend etwas diese Liebe zerstören könnte, diese Liebe, an der man hängt, der man ausgeliefert ist, die man sich erhalten will um jeden, jeden und jeden Preis. Und lieber das Schwerste ertragen, als das Allgeringste riskieren, das diese Liebe gefährden könnte.

Gilgi schüttelt den Kopf: glauben kann man's ja noch immer nicht so recht — und ist fast zum Lachen: hat der Martin, der dumme Kerl, mir doch verflucht ein Kind gemacht. Und keine Ahnung hat er jetzt — denkt, ich wär' auf meinem Zimmer. Und er selber sitzt vergnügt im Afrikafilm. Ach, du lieber, dummer, ahnungsloser Martin, wenn ich nicht so müde wäre, hät' ich eine schöne Wut auf dich. — — Noch drei Wochen — drei Wochen lang werd' ich jetzt überhaupt nicht mehr an die Sache denken.

„Los Martin — aufstehen! Du bist heut an der Reihe, Kaffee zu kochen!“ Gilgi horzt Martin in die Seite — erfolglos. Fällt ihm gar nicht ein, die Augen aufzumachen. „Altes Faultier.“ Sie beugt sich über ihn, rafft ein paar Haarsträhnen zusammen und pinselt ihm damit im Gesicht herum. Rügt

auch nichts. Ruß man also „die unfehlbare Methode“ anwenden: an den Fußhaken krabbeln — das kann er nicht vertragen. Gilgi kriecht zum Bettende. „Verflucht! Gilgi, wirst du wohl aufhören! Gilgi, ich schlage dich tot. . .“ „Gute Idee, Martin, morde mal so'n bißchen Lust, ja?“ „Gilgi, es passiert etwas Furchtbares. . .“ Gilgi sitzt schon wieder aufrecht im Bett. — „Der Herr sind endlich wach? Bitte, würden der Herr sich endlich bequemen, Kaffee zu kochen?“ „Sag mal, Gilgi“ — Martin reißt sich die Augen — „sag mal ganz im Ernst, mein süßes weißes Mädchen, warum hat man eigentlich in Deutschland die Einstellung: wer lange schläft, hat einen schlechten Charakter?“ „Wie soll ich wissen, mein Liebling!“ „Man hat hier manche merkwürdige Einstellung. Als Kind zum Beispiel — da mußte ich immer lauter Sachen essen, die mir ekelhaft waren, da erstickte ganz unbewußt so ein dunkler Begriff: was gut schmeckt, ist Sünde.“ „Du Martin — wenn du dir einbildest, ich hätte jetzt Lust, hier auf nüchternen Magen mit dir zu philosophieren, dann irrst du dich — und wenn du jetzt nicht sofort aufstehst, hole ich kaltes Wasser — steh auf, du — ich glaub', wir haben heut' schönes Wetter.“ Gilgi springt aus dem Bett, läuft durchs Zimmer. Hat einen Pajama an aus heller blauer Seide, die mit dunkelblauen kleinen Schwalben bestickt ist. Sie zieht den Vorhang auf: „Sieh die Sonnenstrahlen, Martin! Mit den Händen kann man sie greifen!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Urgefellschaft der Kongozwerge

Forschungen von Paul Schebesta

Der Pngmönforscher Dr. Paul Schebesta ist vor kurzem von einer Reise in die Urwälder des Kongos und seiner Nebenflüsse zurückgekehrt, wo er das Leben der Zwerge bis ins einzelne beobachtet hat. Er hat seine Wälder und Gefährten geliebt, zum Teil ist er ganz allein und ohne Waffen in diese entlegenen Gebiete gewandert. Seine Zeichnungen haben ihm den Namen „Vater der Zwerge“ mit Recht gegeben. Von seinen Erlebnissen und Erfahrungen berichtet der unternehmungslustige Vater in seinem Buche „Wambuli, die Zwerge vom Kongo“ (mit 80 Abbildungen, bei H. A. Brockhaus, Leipzig, Hansischen 11, 50 M.). Wir geben mit Genehmigung des Verlanges einen Auschnitt aus dem Buche wieder.

Das Bild, das ich hier von den sozialen Einrichtungen, den Sitten und Gebräuchen der Bakango in Familie, Sippe und Clan zeichne, paßt zum mindesten in den Hauptumrissen auf alle Pngmön und ist um so fesselnder, als wir damit zweifelsohne die Verhältnisse einer Urgefellschaft zeichnen.

Man glaube ja nicht, daß die Grundlinien der Gesellschaftsordnung der Pngmön ohne weiteres zutage lägen; auch der geschulte Forscher, der tagelang im Lager lebt, sieht nichts anderes als eine Reihe nebeneinanderstehender Hütten, die jede eine kleinere oder größere Familie beherbergen — mit einem Wort: Familien. Die Familie als soziale Gliederung springt also sofort ins Auge. Das geübte Auge wird vielleicht bald entdecken, daß in einzelnen Lagern mehrere Hütten in engeren Gruppen zusammenstehen. Der Forscher wird das Zusammendrängen wohl, und auch mit gutem Grund, auf die Bodenbeschaffenheit zurückführen; denn in Mulden lassen sich Wohnhütten schlecht aufzuführen, sie stehen besser auf Erhöhungen. Ist er aber längere Zeit in einem Lager, dann entdeckt er den eigentlichen Grund. Es stellt sich heraus, daß jeweils mehrere Familien zu Gruppen, die ich hier Sippen nenne, zusammenschließen.

Die Sippen sind verwandtschaftliche Großfamilien, die das älteste ihrer Mitglieder als eine Art Oberhaupt ansehen. So wie in der Familie der Vater die Führung hat und seine Autorität den Kindern gegenüber gilt — soweit sie im Schoße der Familie leben —, so ähnlich, aber in geringerem Maße, herrscht der Sippenälteste über alle Sippenmitglieder. Eigentlich besteht die Sippe nur aus den männlichen Verwandten, da diese stets ihre Nieder bleiben, während die Weiblichkeit in eine außenstehende Sippe einheiratet, wodurch sie rechtlich zwar nicht aus der Vatersippe scheidet, wirtschaftlich jedoch für sie verlorengeht. Zu jeder Zeit steht diesen weiblichen Familienmitgliedern aber der Weg zur Vatersippe offen, wo sie Schutz und Hilfe finden, so oft sie sie benötigen. Sie gelten genau soviel wie die anderen, die nie aus dem Schoße der Sippe scheiden. Auch weiterhin bleiben sie die „Schwestern“ und für die Kleinen die „Mütter“. Wie groß dadurch der wirtschaftliche Verlust ist, wird klar, wenn man bedenkt, daß die Weiblichkeit zum Großteil für die Ernährung der Sippe und der Familie sorgt. Die Frauen schleppen alle pflanzlichen Nahrungsmittel herbei und bereiten sie zu, und die Zwerge nähren sich hauptsächlich von Pflanzkost, die Fleischnahrung macht heute etwa 30 Hundertteile aus. Die Sippe trägt den Verlust eines Mädchens also sehr schwer, und sie kann und

will ihn nicht ohne Ersatz tragen. Eine mögliche Schwierigkeit der Lösung wäre die Heirat innerhalb der Sippe, also die Inzucht; die ist aber unbekannt. Für die Urgefellschaft bedeutet eine Heirat von Blutsverwandten etwas so Wider natürliches, daß sie um keinen Preis geduldet wird, sondern das Mädchen heiratet stets in eine fremde Sippe, oft sogar in einen fremden Clan.

Um den wirtschaftlichen Verlust tragbar zu machen, ist man auf einen genialen Ausweg verfallen: die Sippe gestattet die Heirat eines ihrer Mädchen in eine fremde Sippe nur dann, wenn diese ihr ein Mädchen als Ersatz anbieten kann, das ihr durch Heirat einverleibt wird und also die Stelle des ausgeschiedenen Mädchens einnimmt. Dieses Heiratsystem heißt „Kopffür Kopf“; man glaube aber ja nicht, daß etwa die Pngmön Schwächer mit ihren heiratsfähigen Mädchen treiben und deren freie Entschiedenheit beeinflussen. Im Gegenteil, jede kann ihrer Herzensneigung folgen und nach eigenem Geschmack einen Burschen der Sippe wählen, die für sie in Frage kommt. Natürlich mag es vorkommen, daß ein Bursche einen gewissen Druck auf seine Schwestern oder Balen ausübt, um sie zur Einheirat in eine bestimmte Sippe zu bewegen, falls er ein Mädchen dieser Sippe für sich als Braut ausersehen hat und einen Ersatz für sie anbieten muß.

Heute sind alle Pngmön in Totem-Clans gegliedert. Jeder Clan bildet gewöhnlich ein Lager, nur ganz selten fand ich einen, der in zwei oder gar drei Lager gegliedert war.

Zum Totem-Clan gehören mehrere Sippen, die infolge des gemeinsamen Totems einander näher stehen und oft verschwägert sind. Wie sie entstanden, ist heute nicht mehr ersichtlich. Möglicherweise schlossen sich die Sippen, die mit einem bestimmten Regierclan zusammenlebten, dadurch zu einem Pngmönclan zusammen, daß sie das Totem der Regier übernahmen oder sich ein neues wählten. Aber das sind Vermutungen. Clantiere sind allgemein bekannt und gelten als Tabu; über Abstammungen oder Verwandtschaft mit diesen Totemtieren war nichts zu erfahren.

Jeder Clan hat ein begrenztes Heimatgebiet, in dem die einzelnen Sippen oder Familien der Jagd nachgehen, alle Waldserzeugnisse sammeln, jede Familie ihren Termitenhügel hat, den sie allein ausbeutet usw. Jede Sippe wie auch jede Familie hat das gleiche Recht auf das Gebiet.

nemand, weder die Sippe noch der einzelne, nennt ein Stück Land sein eigen. Alles ist Gemeingut bis auf die Termitenhügel und einzelne jeweils mit Besatz besetzte Erzeugnisse. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist der Clan ohne Bedeutung, mit Ausnahme der Reijagd, für die eine Menge Menschen, also der ganz Clan, benötigt wird. Die Clanmitglieder sind daher nicht aufeinander angewiesen. Die Trägerin der Wirtschaft auf dieser Stufe ist die Sippe. Die Sippenmitglieder stehen in jeder Lebenslage für einander ein; sie bilden eine Einheit, die sich für das Wohl der ganzen Sippe müht. Der Ertrag der Jagd und Nahrungssuche ist gemeinsam, und zwar so, daß das hereingebrachte Wild vom Sippenältesten zerlegt und die Stücke an die einzelnen Familien verteilt werden. Der Wille des Schützen ist dabei ausgeglichen. Auch eine fremde Sippe im gleichen Lager mag bedacht werden, wenn ein Mitglied der Sippe in diese eingheiratet hat.

Pflanzliche Nahrung wird seltener verteilt, was sich dadurch erklärt, daß die Frauen der Sippe, die gemeinsam auf Nahrungssuche ausziehen, die gleiche Kost heimzubringen pflegen.

Die Familie ist in wirtschaftlicher Hinsicht von geringerer Bedeutung. Um falschen Auffassungen vorzubeugen, möchte ich darauf hinweisen, daß von einem durchgeführten Kommunismus bei den Wambuli keine Rede sein kann. Auch der Pngmön ist letzten Endes Egoist. Die einzelne Familie sorgt im Kleinen für sich, soweit sie dazu fähig ist. Sobald es sich aber um Ertragnisse handelt, die gemeinsam aufgebracht wurden, nimmt auch die ganze Sippe daran teil. Das Leben der Urwaldnomaden ermöglicht es aber im allgemeinen der einzelnen Familie nicht, ihren Lebensbedarf allein zu decken. Daher ist für den Kampf ums Dasein eine größere Gemeinschaft nötig — die Sippe. Die Sippe also trägt die Primitivgefellschaft in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, die Familie ist die Ameise im Ameisenhaufen, die emsig hin und her läuft und sich schaffend für das Ganze müht, während sie sich nebenbei an dem sättigt, was sie am Wege findet. Eine Ameise, die aus dem Staat verdrängt wird, geht notwendig zugrunde; einem ähnlichen Schicksal würde die einzelne Pngmönfamilie verfallen, die längere Zeit auf sich allein angewiesen wäre. Die Frage, ob in dieser Primitivgefellschaft die Familie früher war als die Sippe oder umgekehrt, muß ungelöst bleiben.

Kalb so stark wie Stahl

Zeuglich betrachtet, scheint die Widerstandskraft, die ein Menschenhaar aufzubringen vermag, gering zu sein. In Wirklichkeit ist sie aber ungewöhnlich groß, was daraus hervorgeht, daß Stahl nur doppelt so widerstandsfähig ist, wie das dünne Menschenhaar. Natürlich gibt es verschiedene Abstufungen, je nach der Farbe des Haares. In dieser Reihenfolge zeigen die hellbraunen Haare den größten Widerstand. Es folgen die dunkleren braunen Farböne. Dann kommen die blonden und die roten Haare; die

geringste Widerstandskraft zeigen die grauen Haare. Diese Einleitung ist das Ergebnis von Versuchen, die der amerikanische Physiker Clement Brown in gemeinsamer Arbeit mit dem Verband der Rem-Yorker Friseur ange stellt hat. Danach kann ein Frauenhaar mittlerer Widerstandskraft ein Gewicht von 110 Gramm tragen, ohne zu reißen. Ein Quadratquall dieses Haares hat eine Spannkraft von 13,170 Kilogramm und steht in dieser Beziehung nur um 50 Proz. hinter der des Stahls zurück. Die Versuche haben außerdem bewiesen, daß die Kraft und Stärke des Haares nicht nur mit der Farbe, sondern auch mit dem Alter wechselt.

